

Stephan Pühringer/Karl M. Beyer/Dominik Kronberger



Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis

Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD

**Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2021**

OBS-Arbeitspapier 52

OBS-Arbeitspapier 52
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-6693-2810

Fax: 069-6693-2786

E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de

www.otto-brenner-stiftung.de

Autoren:

Stephan Pühringer

Karl M. Beyer

Dominik Kronberger

Johannes Kepler Universität Linz

Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE)

Altenbergerstrasse 69

4040 Linz, Österreich

E-Mail: stephan.puehringer@jku.at

Redaktion:

Benedikt Linden (OBS)

Satz und Gestaltung:

think and act –

Agentur für strategische Kommunikation

Titelbild:

picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Martin Schutt

Redaktionsschluss:

13. Oktober 2021

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt.

Download und weitere Informationen:

www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

„Überall da, wo wir den Eindruck haben, dass der kleine Mann ungerecht behandelt wird, wollen wir uns dafür einsetzen, dass er gerecht behandelt wird“ – mit diesen Worten leitete der damalige AfD-Parteivize und heutige Ehrenvorsitzende Alexander Gauland 2016 den Versuch ein, die damals noch junge AfD von ihrem Image als neoliberale „Professoren-Partei“ zu befreien und sie als Kämpferin für soziale Gerechtigkeit zu präsentieren. „Wir müssen versuchen, soviel soziale Gerechtigkeit wie möglich umzusetzen. Die AfD darf nicht die Menschen am unteren Ende der sozialen Skala allein lassen“, gab Gauland im selben Jahr in einem Interview die Richtung vor. Viele ParteikollegInnen, vom ehemaligen SPDler und heutigen AfD-Europaabgeordneten Guido Reil bis hin zum Thüringer Parteichef Björn Höcke, stoßen seither regelmäßig ins selbe Horn. Folgenlos bleibt das nicht. Zwar zeigen die Wahlergebnisse im Superwahljahr 2021, dass der Aufwärtstrend der Partei erstmal gestoppt ist – bei allen Wahlen verlor die AfD an Zuspruch –, allerdings bleiben die Wahlergebnisse unter ArbeiterInnen, besonders männlichen, sehr hoch. Nach Auswertungen von Statista wurde die AfD bei der Bundestagswahl in dieser Gruppe hinter der SPD zweitstärkste Kraft; auch gewerkschaftlich organisierte ArbeitnehmerInnen wählen die RechtspopulistInnen regelmäßig häufiger als die Durchschnittsbevölkerung.

Aber steht hinter der sozialen Rhetorik tatsächlich eine politische Praxis, die die Interessen von ArbeitnehmerInnen und von sozioökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen vertritt? Auf welche wirtschafts- und sozialpolitischen Traditionen beruft sich die AfD in der täglichen parlamentarischen Arbeit des Bundestages und seiner Fachausschüsse, fernab von Kameras und Mikrofonen, Podien und Selbstdarstellungsmöglichkeiten auf Social-Media? Die Otto Brenner Stiftung wollte es genauer wissen und ist deshalb dankbar, ein Forscherteam des Instituts für die Gesamtanalyse der Wirtschaft an der Johannes Kepler Universität Linz (Österreich) für die Beantwortung dieser Fragestellungen gewonnen zu haben. Die profilierten Sozialwissenschaftler unter Leitung von Stephan Pühringer legen eine materialreiche Analyse der wirtschafts- und sozialpolitischen Anträge, Gesetzesentwürfe und Redebeiträge der AfD-Bundestagsabgeordneten – vom Einzug in den Bundestag 2017 bis Ende 2020 – sowie der entsprechenden programmatischen Positionierungen der RechtspopulistInnen in ihren Partei- und Wahlprogrammen vor.

Die Ergebnisse sind bemerkenswert eindeutig. Hinsichtlich ihrer allgemeinen wirtschafts- sowie ihrer konkreten handels- und energiepolitischen Ausrichtung positioniert sich die AfD eindeutig neo- und ordoliberal. Auch ihre Kritik an Euro und Europäischer Zentralbank greift häufig auf die Vokabeln dieser Wirtschafts-

schulen zurück: Die „Marktwirtschaft“ gilt ihr als „natürliche“ und „nachhaltige Wirtschaftsordnung“, freier Handel, Konkurrenz, Entbürokratisierung und Wettbewerbsfähigkeit gelten als Lösungen (fast) aller Probleme. Staatliche Regulierungen oder gar Eingriffe in Marktprozesse werden als „verzerrend“ und „manipulierend“ weitgehend abgelehnt, die Selbstregulierungskräfte der Märkte hofiert. Lediglich auf dem Feld der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik sowie in ihrer Haltung zum Wohlfahrtsstaat weicht die Partei hin und wieder von ihrer strikt neoliberalen Ausrichtung ab. „Soziale“ Forderungen, wie die nach guter Arbeit und höheren Löhnen, werden durch nativistische und populistisch-rechtsradikale Gesellschaftsbilder überformt – Sozialleistungsansprüche etwa sollen nur „für Einheimische“ gelten – und bleiben in übergeordnete neoliberale Forderungen nach „Leistungsgerechtigkeit“ und „Eigenverantwortung“ eingeordnet. Diese ideologischen Traditionslinien schlagen sich im Abstimmungsverhalten der Abgeordneten nieder: Bei den im Untersuchungszeitraum im Bundestag zur Abstimmung vorgelegten Anträgen, die sich mit der grundlegenden Gestaltung des Sozialstaates beschäftigten, stimmten die AfD-Abgeordneten in 75 Prozent der Fälle wie die Abgeordneten der FDP – fast immer gegen Anträge, die einen Erhalt oder Ausbau sozialstaatlicher Leistungen forderten und fast immer für solche, die sozialstaatliche Maßnahmen einschränken wollten.

Die soziale Rhetorik, das zeigen die Ergebnisse der Untersuchung deutlich, sind die oberflächliche Fassade einer Partei, die in ihren wirtschaftspolitischen Vorstellungen fest in neo- und ordoliberalen Denktraditionen eingebunden bleibt. In ihrer parlamentarischen Praxis argumentiert, streitet und – nicht zuletzt – stimmt sie weitgehend gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland. Stiftung und Autoren hoffen, dass unsere Studie dabei hilft aufzuzeigen, wie die von prominenten Gesichtern der Partei offensiv nach außen getragene populistische Sozialrhetorik sehr häufig den neoliberalen wirtschaftspolitischen Kern der AfD vernebelt. „Menschen am unteren Ende der sozialen Skala“ sind nicht nur durch die rechtsradikal-autoritären Gesellschaftsvorstellungen der AfD bedroht, sondern können auch ökonomisch und sozialpolitisch von dieser Partei nichts erwarten – am allerwenigsten ein glaubhaftes Eintreten für soziale Gerechtigkeit und ihre Interessen.



Jupp Legrand
Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im Oktober 2021

Inhalt

1	Einleitung.....	4
2	Begriffsbestimmung: Populistischer Rechtsradikalismus und neoliberale Narrative	10
2.1	Populistischer Rechtsradikalismus	10
2.2	Neoliberalismus, Ordoliberalismus und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik	13
▶	<i>Exkurs: „Interventionistisch-sozial“ als Gegenstück zum ordo-/neoliberalen Narrativ</i>	<i>17</i>
3	Methodischer Zugang und Vorgehen	21
4	Die wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik der AfD 2013-2021.....	24
4.1	Die Programmatik der AfD im Gründungskontext (2013-2017)	24
4.2	Die Programmatik der AfD im Bundestag (2017-2021)	26
4.3	Die Programmatik der AfD im Wahlprogramm 2021.....	28
5	Die wirtschafts- und sozialpolitische Praxis der AfD im Bundestag.....	33
5.1	Angebotspolitische Grundausrichtung in der Wirtschaftspolitik	33
5.2	Interventionistische Ansätze nur im Krisenfall.....	37
5.3	Nationalistisch-neoliberale Kritik an Euro und EZB	39
5.4	Handelspolitik und ökonomischer Nationalismus auf dem Weltmarkt	40
5.5	Marktkonforme Energiepolitik	43
5.6	Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat im Schatten der Wirtschaftspolitik	45
5.7	Arbeitsmarktpolitik im Spannungsverhältnis sozioökonomischer Narrative	47
5.8	Altersvorsorge zwischen nationalistischer Bevölkerungspolitik und neoliberaler Grundhaltung	50
5.9	Das Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag	52
6	Fazit: Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis.....	55
	Literaturverzeichnis.....	59
	Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen.....	62
	Hinweise zu den Autoren.....	63

1 Einleitung

Die historische Entstehung der Alternative für Deutschland (AfD) im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 war entscheidend mit dem Wirken von ÖkonomInnen verbunden. Wie von Bebnowski und Förster (2014) anschaulich in einem vorangegangenen OBS-Arbeitspapier herausgearbeitet, spielten VolkswirtschaftsprofessorInnen bei der Gründung, innerhalb der Führungsriege und hinsichtlich der Positionierung der AfD eine führende Rolle. Dementsprechend standen zunächst vorwiegend ökonomische Themen – insbesondere der Euro als Gemeinschaftswährung – im Zentrum der parteipolitischen Agenda. Personell und ideologisch war die ökonomische Expertise der Partei wiederum stark in neo- und ordoliberalen Diskurs- und Machtnetzwerken verankert und hatte folglich inhaltlich eine dezidiert neoliberale, Euro- und sozialstaatskritische Ausrichtung (zur Definition von Neo- und Ordoliberalismus siehe unten). Weiss (2017) bezeichnet die AfD der Anfangsjahre daher auch als eine „sozialstaatsfeindliche[...] Anti-Euro-Partei“. Da die AfD ihre ökonomischen Inhalte immer auch bewusst populistisch deutete bzw. auflud (Entgegensetzung von „gutem Volk“ und „korrupten Eliten“), prägten Bebnowski und Förster zur Beschreibung ihrer Ideologie den Begriff des „Wettbewerbspopulismus“.

Im Zuge parteiinterner Richtungskämpfe haben 2015 viele dieser ÖkonomInnen der AfD den Rücken zugekehrt. Zugleich hat sich seitdem die „ökonomische Protestpartei“ ideologisch gewandelt und wird heute innerhalb der vergleichenden Parteienforschung dem Spektrum der „populistischen rechtsradikalen“

Parteien (engl. „populist radical right parties“) zugerechnet (Arzheimer 2019). Ähnlich spricht auch Heitmeyer (2018) von der AfD als „autoritär-nationalradikaler“ Partei. In ihrem ideologischen Kern sind populistisch-rechtsradikale Parteien nativistisch, autoritär und populistisch (zur Definition der Begriffe siehe Kapitel 2). Sozioökonomische Belange hingegen sind für solche Parteien von eher nachgelagerter Bedeutung und variieren realpolitisch entlang der Markt-Staat-Achse (Mudde 2007) – von neoliberal (zum Beispiel die „Schweizerische Volkspartei“) bis interventionistisch-sozial (unter anderem der „Rassemblement National“, ehemals „Front National“, in Frankreich).

Die ideologische Weiterentwicklung der AfD entlang der Merkmale nativistisch, autoritär und populistisch spiegelt sich entsprechend in ihrer gegenwärtigen politischen Agenda und parlamentarischen Praxis wider. Im Zentrum stehen nunmehr die Themen Flucht, Asyl und Migration, Innere Sicherheit und Kriminalität sowie Demografie und Bevölkerungspolitik, wohingegen wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Fragen in der Prioritätensetzung weiter hinten rangieren (Butterwegge et al. 2018). Im Zuge der Corona-Pandemie wiederum suchen breite Teile der AfD den Schulterchluss mit außerparlamentarischen Corona-LeugnerInnen und kritisieren die Maßnahmen der Bundesregierung als „grundrechtswidrig“ und „Corona-Diktatur“.

Inwieweit der Rückzug der ÖkonomInnen und der ideologische Wandel der AfD auch einen Wandel ihrer grundlegenden sozioökonomischen Narrative und ihrer wirtschafts-

und sozialpolitischen Positionen zeitigte, ist hingegen unklar. Unter Narrativen verstehen wir dabei eine meist auf wenige grundlegende Argumente aufbauende Erzählung, die einerseits den Zweck erfüllt, komplexere Zusammenhänge in einfachere Botschaften zu übertragen und als solche mit pointierten Slogans in öffentliche Debatten einzubringen. Andererseits werden Narrative aber auch eingesetzt, um – oft mit direkten und bildhaften Appellen an Emotionen – ein Zugehörigkeitsgefühl zu vermitteln. Im rechten Diskurs ist etwa die Erzählung des von mächtigen Eliten vorangetriebenen „Großen Austauschs“ der deutschen/europäischen Bevölkerung durch MigrantInnen ein Beispiel eines machtvollen Narrativs. Für SympathisantInnen der US-amerikanischen Tea-Party-Protestbewegung und spätere WählerInnen von Donald Trump hat die US-amerikanische Soziologin Arlie Russell Hochschild (2016) in einer umfangreichen ethnologischen Studie das Narrativ des „Fremd-Seins im eigenen Land“ und das Verraten des „amerikanischen Traums“ durch Eliten und zu Unrecht bevorteilte Minderheiten ausgemacht. Grundlegende sozioökonomische Narrative, die wir im Rahmen dieser Studie für die AfD beleuchten wollen, setzen sich dabei aus gesellschaftspolitischen sowie wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen zusammen. Diese Vorstellungen wollen wir sowohl in programmatischen Positionierungen, als auch in diskursiven Äußerungen von AfD-Abgeordneten und deren politischer Praxis aufzeigen (siehe dazu auch Kapitel 2 und 3).

In Analysen zur Entwicklung der AfD wird der Aspekt grundlegender sozioökonomischer Narrative vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik wenig thematisiert. Zugleich vertreten aber heute einzelne Parteiflügel (für eine Typologie siehe Hafener et al. 2018, die beiden zentralen sind das wirtschaftsliberal geprägte „Meuthen“-Lager und das völkisch-nationale „Höcke“-/„Flügel“-Lager) unterschiedliche, teils entgegengesetzte wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen (vgl. u. a. Butterwegge et al. 2018; siehe exemplarisch die parteiinterne Debatte zum Rentenkonzept: Butterwegge 2019, siehe auch weiter unten und in Kapitel 4).

Hier stehen auf der einen Seite völkisch-nationalistische Vorstellungen, wobei zwar einerseits interventionistisch-sozial argumentiert und das Bild einer „solidarischen Marktwirtschaft“ bemüht wird, andererseits aber wohlfahrtsstaatliche Ansprüche exklusiv nur der „einheimischen/deutschen“ Bevölkerung zugestanden werden sollen („Wohlfahrtschauvinismus“). Auch wenn sich die AfD mit der formalen Auflösung der rechtsextremen Parteiströmung des „Flügels“ rund um den Vorsitzenden der AfD Thüringen, Björn Höcke, und den ehemaligen AfD-Landesvorsitzenden in Brandenburg, Andreas Kalbitz, offiziell um eine Abgrenzung zum Rechtsextremismus bemüht, sympathisieren beide SpitzenkandidatInnen im Vorlauf zur Bundestagswahl im September 2021 immer wieder implizit und explizit mit dem aufgelösten „Flügel“ (Fiedler 2021).

Auf der anderen Seite wird einer neoliberalen Doktrin folgend Selbstverantwortung und

Eigeninitiative im Kontrast zum „fürsorgenden Staat“ eingefordert und die prioritäre Rolle von Märkten und Wettbewerb betont (der von Bebnowski und Förster 2014 angesprochene „Wettbewerbspopulismus“). Exemplarisch für eine solche neoliberale Grundeinstellung kann der von AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen vorgelegte Entwurf für ein Rentenkonzept angeführt werden. Darin wird der Wechsel von der bestehenden, auf dem Umlageverfahren basierenden gesetzlichen Altersvorsorge hin zu einem minimalistischen steuerfinanzierten Rentensystem propagiert, womit die ohnehin in den letzten Jahren reduzierte staatliche Altersversorgung noch einmal abgesenkt werden würde (vgl. für den explizit neoliberalen Charakter Butterwegge 2019).

Diese potentielle Spannungslinie zwischen völkisch-nationalistischer und neoliberaler Positionierung zu sozial- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen ist kein Alleinstellungsmerkmal der AfD, sondern kann auch bei anderen Parteien, die dem populistisch-rechtsradikalen Parteienspektrum angehören, beobachtet werden (vgl. für das Beispiel der österreichischen FPÖ, Beyer und Pühringer 2018). Die gegebene programmatische „Bandbreite“ innerhalb der AfD korrespondiert dabei mit den Einstellungen der WählerInnen der AfD selbst, welche zu etwa gleichen Teilen in wirtschafts- und sozialpolitisch „linker“ und „rechter“ als der Median deutscher WählerInnen eingeordnet werden können (Biskamp 2020). So stimmen etwa 57 Prozent der AfD-wählenden ProduktionsarbeiterInnen höherer staatlicher

Umverteilung zu (im Vergleich zu 42 Prozent im gesellschaftlichen Durchschnitt), bei KleinunternehmerInnen findet sich ein gegenteiliges Muster.

Vor dem skizzierten Hintergrund ist die konkrete Zielsetzung der vorliegenden Studie, die heute grundlegenden sozioökonomischen Narrative der AfD und ihre praktische Übersetzung in sozial- und wirtschaftspolitische Positionierungen zu beleuchten sowie argumentative Widersprüche zu identifizieren.

Zu diesem Zweck werden in der Studie folgende fünf Fragestellungen untersucht:

1. Welche grundlegenden sozioökonomischen Narrative prägen die AfD heute?
2. Inwieweit haben sich die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der AfD auf Bundesebene seit ihrer Gründung gewandelt?
3. Inwieweit lassen sich in der sozial- und wirtschaftspolitischen Positionierung der AfD ordo-/neoliberale, interventionistisch-soziale und/oder populistisch-rechtsradikale Argumentationsmuster nachweisen? Wie sind diese argumentativ miteinander verknüpft?
4. Welche argumentativen Widersprüchlichkeiten oder Unklarheiten lassen sich identifizieren?
5. Welche wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen, insbesondere zur Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates, vertreten die AfD-Bundestagsabgeordneten durch ihr konkretes Abstimmungsverhalten?

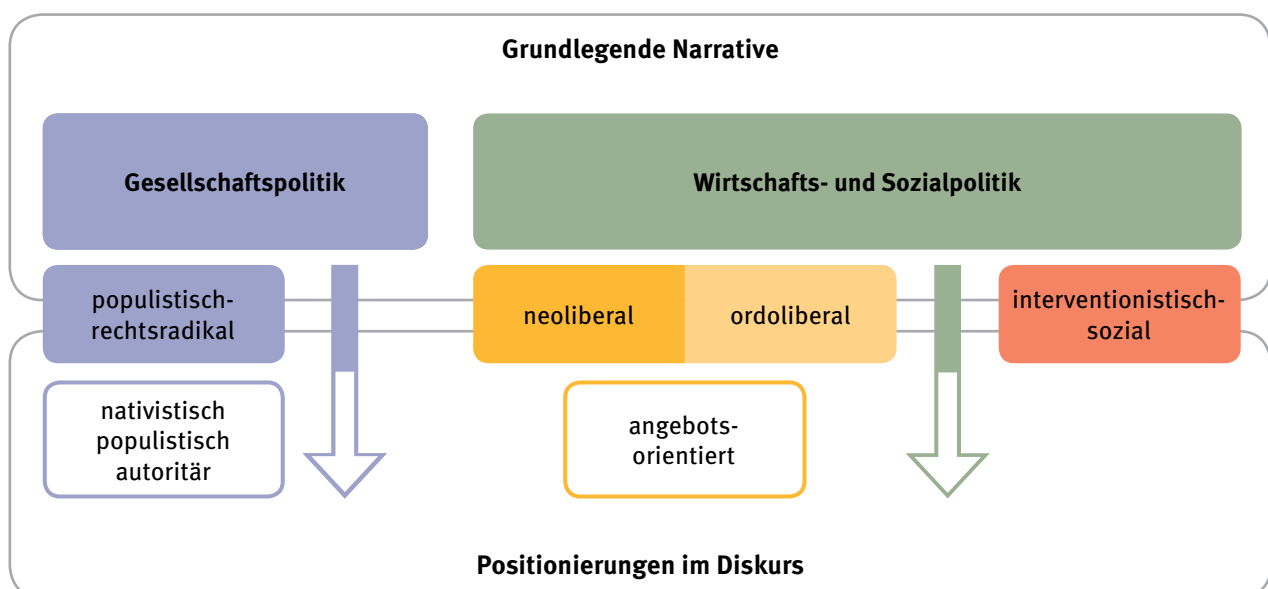
In unserer Analyse gehen wir in zwei Schritten vor: Ausgehend von der Sozial- und Wirtschaftspolitik der AfD sehen wir uns in einem ersten Schritt an, welche sozioökonomischen Narrative (entlang der Achse ordo-/neoliberal vs. interventionistisch-sozial) sich dort in welchen wirtschafts- und sozialpolitischen Kontexten auffinden lassen. Der zweite Analyseschritt befasst sich dann mit der Frage, inwieweit bzw. welche sozial- und wirtschaftspolitischen Argumentationen und Positionierungen der AfD auch durch die gesellschaftspolitischen Kernnarrative der populistisch-rechtsradikalen Ideologie (nativistisch, autoritär,

populistisch) geprägt und überformt sind. Abbildung 1 zeigt die Systematik unseres Analysekonzeptes und unser Verständnis von grundlegenden sozioökonomischen Narrativen der AfD und der damit verbundenen Positionierungen im Diskurs.

Insgesamt gehen wir von der empirisch zu überprüfenden Arbeitshypothese aus, dass ordo- bzw. neoliberale Positionen in zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Reformprozessen zwar parteiintern zusehends umstritten sind und mitunter rhetorisch die „soziale Frage“ „wohlfahrtchauvinistisch“ überformt in parlamentarischen Debatten in

Abbildung 1

Schematische Darstellung zur Analyse sozioökonomischer/gesellschaftspolitischer Narrative und Diskurspositionen der AfD



Quelle: Eigene Darstellung.

den Fokus rückt, die grundlegenden sozioökonomischen Narrative der AfD dennoch nach wie vor stark ordo- und neoliberalen Argumentationsmustern folgen. Somit würde die AfD also letztlich in ihrer Widersprüchlichkeit „marktkonforme Ressentiments“ (Nachtwey 2016) bedienen. Darüber hinaus wollen wir in unserer Analyse die Diskrepanz zwischen auf den ersten Blick (exklusiv-)solidarischen, interventionistisch-sozialen Narrativen und wirtschaftsliberaler Interessenspolitik aufzeigen. Nicht zuletzt werden wir in diesem Kontext auch das Abstimmungsverhalten von AfD-Bundestagsabgeordneten zu Anträgen in sozial- und wirtschaftspolitischen Belangen unter die Lupe nehmen.

Aus den so zu Tage geförderten Erkenntnissen zu den gegenwärtig in der AfD vorherrschenden (widersprüchlichen) sozial- und wirtschaftspolitischen Positionen und Argumentationsmustern lassen sich nicht zuletzt politische Schlussfolgerungen zum konkreten Umgang mit der AfD aus ArbeitnehmerInnenperspektive ziehen (Butterwegge et al. 2018; Giesbers und Peters 2020; Hensel et al. 2017). Wie schon Butterwegge et al. (2018) argumentieren, ist es vor allem dieses Politikfeld, in welchem sich die ideologischen Widersprüche der AfD manifestieren: „Hier klaffen der Anspruch, unterprivilegierte Bevölkerungsschichten zu vertreten, und die Wirklichkeit der AfD-Parlamentspraxis, Politik für die besonders Privilegierten zu machen, meilenweit auseinander.“ (S. 216). Insofern scheint dieses Feld gut dazu geeignet, der AfD argumentativ Paroli zu bieten und darüber

hinaus die Nachrangigkeit interventionistisch-sozialer Rhetorik gegenüber der populistisch-rechtsradikalen Kernideologie sowie konkreter neoliberaler Interessenspolitik hervorzuheben.

Die Frage nach der politisch-ideologischen Positionierung der AfD ist nicht zuletzt deshalb von hoher politischer Relevanz, da es der AfD immer wieder gelingt, sich als „Partei des kleinen Mannes“ zu präsentieren, ihre WählerInnen aber sowohl aus dem klassischen ArbeiterInnenmilieu als auch aus einem wirtschaftsliberal gesinnten Mittelstand kommen (Biskamp 2020). So zeigen beispielsweise Analysen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (2021a) zum Wahlverhalten bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im Juni 2021, dass 26,8 Prozent der männlichen GewerkschafterInnen die AfD gewählt haben – und damit mehr als die Linke und die SPD zusammen. Auf Bundesebene ist das Bild nicht ganz so dramatisch, allerdings erhielt die AfD auch bei der Bundestagswahl im September 2021 unter GewerkschafterInnen mehr Stimmen als im Durchschnitt aller WählerInnen (DGB 2021b). Die Partei scheint also wirtschafts- und sozialpolitisch „links“ wie „rechts“ punkten zu können. Betrachtet man dazu mediale Äußerungen und Slogans der AfD, scheint es tatsächlich ein zentrales wirtschafts- und sozialpolitisches Anliegen der AfD zu sein, „kleine Leute“ zu entlasten, bevorzugt durch steuerpolitische Maßnahmen. In Bundestagsreden reklamiert die AfD offen für sich, die neue Arbeiterpartei zu sein („Wir stehen für die Menschen, die da draußen die Werte schaffen und arbeiten.

Wir sind die neue Partei des kleinen Mannes“, Gottschalk, 8.11.2018)¹ und kritisiert in diesem Punkt zugleich die SPD für ihre scheinbare Abgehobenheit von den Problemen der arbeitenden Menschen (vgl. Spaniel, 19.6.2020; Gottschalk, 16.12.2020).

Vor diesem Hintergrund ist die Studie folgendermaßen aufgebaut: Im zweiten Kapitel wird zunächst ein Überblick über aktuelle Debatten zu den Entwicklungstendenzen des populistischen Rechtsradikalismus wie auch des Neoliberalismus dargestellt. Dabei wird bei letzterem vor allem die wirtschaftspolitische Wirkmächtigkeit neoliberalen Denkens reflektiert und ein besonderes Augenmerk auf den Ordoliberalismus als in Deutschland lange Zeit dominante Variante neoliberalen Denkens gelegt. Dieser Fokus ist nicht zuletzt deshalb von Bedeutung, da sich die AfD in ihrem Gründungszusammenhang in hohem Maß auf die Aktivitäten ordo- und neoliberaler ÖkonomInnen stützte. Anschließend wird in Kapitel 3 die

Methodik der Studie vorgestellt und im Detail dargelegt, auf welche Dokumente und Redebeiträge sich die Analyse der AfD-Positionierungen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik stützt. Kapitel 4 bietet einen Überblick über die programmatischen Entwicklungen in den Partei- und Wahlprogrammen der AfD seit ihrer Gründung und zeigt den Wandel ihrer thematischen Schwerpunktsetzung auf. Kapitel 5 beinhaltet den Hauptteil der empirischen Ergebnisse dieser Studie und widmet sich der politischen Praxis der AfD im Bundestag. Dabei werden die grundlegenden sozioökonomischen Narrative herausgearbeitet, die die Partei in die für unsere Fragestellung relevanten Fachausschüsse einbringt. Ergänzend wird das Abstimmungsverhalten der AfD bei Fragen zur Ausgestaltung des Sozialstaats analysiert. Abschließend werden im Kapitel 6 die zentralen Ergebnisse der Studie zusammengefasst und einige Schlussfolgerungen für den Umgang mit der AfD gezogen.

¹ Bei Bundestagsreden als Quelle wird hier und im Folgenden stets der Nachname des Abgeordneten sowie der Tag der Rede angegeben.

2 Begriffsbestimmung: Populistischer Rechtsradikalismus und neoliberale Narrative

Wie eingangs schon angedeutet, befinden sich populistisch-rechtsradikale Parteien wie die AfD in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen oft in einem Spannungsverhältnis. Einerseits stehen sie für völkisch-nationalistische Forderungen nach einem – exklusiv auf die einheimische Bevölkerung ausgerichteten – Erhalt oder gar Ausbau sozialstaatlicher Leistungen. Andererseits vertreten sie neoliberale Forderungen nach Effizienzsteigerung und der damit einhergehenden Reduktion sozialstaatlicher Leistungen. Zusammenfassend können also zwei zentrale Argumentationszusammenhänge ausgemacht werden, die für die wirtschafts- und sozialpolitische Positionierung der AfD prägend sind: Einerseits der populistische Rechtsradikalismus, der in den letzten Jahren steigenden Zuspruch gefunden hat. Andererseits der Neoliberalismus, der sich sowohl historisch in der Entwicklung der AfD als bürgerlich-konservative Elitenpartei ordoliberaler Ökonomen zeigt, als auch ideologisch in ihrer grundsätzlich ablehnenden Haltung gegenüber staatlichen Eingriffen in den Wirtschaftsprozess ausdrückt.

Daher widmen wir uns im Folgenden zunächst dem populistischen Rechtsradikalismus. Wir werden auf dessen politische und gesellschaftliche Relevanz eingehen, seine ideologischen Kernelemente vorstellen und beispielhaft zeigen, wie sich diese in sozial- und wirtschaftspolitischen Argumentationen und Positionierungen ausdrücken können. In Anschluss daran werden wir den Ordoliberalismus definieren und seine Entwicklung, politische/öffentliche Relevanz und ideologischen Kernelemente darlegen, mit dem

Ziel, die Bestandteile eines ordoliberalen sozioökonomischen Narrativs zu bestimmen. In Abgrenzung zu diesem Narrativ werden wir abschließend das sozioökonomische Gegenarrativ „interventionistisch-sozial“ einführen und knapp skizzieren.

2.1 Populistischer Rechtsradikalismus

Für das letzte Jahrzehnt, im Sog der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 und als Protest gegen die Form ihrer politischen Bearbeitung, ist ein verstärkter Aufschwung und Bedeutungsgewinn von Bewegungen und Parteien der populistischen und radikalen Rechten zu beobachten. Zwar wurde schon Ende der 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre aufgezeigt, dass der Erfolg von populistisch-rechtsradikalen Organisationen mit sozio-ökonomischem Wandel und gesellschaftlichen Umbrüchen auf der Mikro- (etwa in der Arbeitswelt) wie auch auf der Makroebene (etwa die Globalisierung) in Beziehung steht (etwa: Butterwegge 2008; Schui 1997). Der Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise und die sich dadurch zuspitzenden sozioökonomischen Problemlagen – aktuell noch einmal verstärkt durch die Corona-Krise – haben aber den Aufschwung solcher Parteien nochmals intensiviert, weil diese für Betroffene greifbare Erklärungsansätze und Verarbeitungsformen der Krisenfolgen zur Verfügung stellten (Bieling 2017). Die Erfolge der populistischen und radikalen Rechten beschränkten sich dabei nicht auf Wahlen, sondern zeigten sich viel mehr auch bei der Themensetzung und Agendagestaltung in politischen

Diskursen (Müller 2016; Arzheimer 2014). Die Migrationsbewegungen des Jahres 2015 wirkten zusätzlich als Katalysatoren dieser Entwicklung, gelang es populistisch-rechtsradikalen AkteurInnen im Kontext der als „Flüchtlingskrise“ beschriebenen Ereignisse doch, das vereinfachte Narrativ eines „Wir“ gegen „Die (Anderen)“ durchzusetzen (Wodak 2015; Ötsch und Horaczek 2017). Vor diesem Hintergrund ist es ihnen gelungen eine nach außen kohärente Erzählung der „krisenhaften Entwicklung“ europäischer Gesellschaften zu entwickeln, die von globalen Wirtschaftseliten, Immigration und der damit verbundenen Überforderung westlicher Sozialsysteme und dem Zusammenbruch der „natürlichen Geschlechterordnung“ gefährdet seien. Dabei können in der Analyse der Ursachen des Aufschwungs von populistisch-rechtsradikalen Parteien und Bewegungen solche Erklärungsansätze unterschieden werden, die stärker deren *kulturelle* oder deren *politökonomische* Hintergründe betonen, auch wenn diese einander oft unmittelbar bedingen (Norris und Inglehart 2019; Biskamp 2019). Zudem wurde der Aufschwung populistisch-rechtsradikaler Parteien auch mit mangelnder politischer Repräsentation von BürgerInnen im Zuge eines neoliberalen Politikverständnisses in Verbindung gebracht (Schäfer und Zürn 2021).

- Im Bereich der eher *kulturellen* Erklärungsansätze wurde in einer Reihe von Studien in den letzten Jahren gezeigt, dass populistisch-rechtsradikale (wie auch rechtskonservative) Parteien und Bewegungen in vielen Fällen während gesellschaftlicher

Modernisierungskrisen und Umbruchzeiten höheren Zuspruch erfahren. Somit kann die durch solche Krisen bedingte, subjektiv empfundene Unsicherheit als zentraler Wegbereiter eines Aufschwungs der populistischen und radikalen Rechten ausgemacht werden. Dieser Logik folgend tragen starke soziale Sicherungssysteme und breit ausgebaute Arbeitsschutzbestimmungen dazu bei, Erfolgspotentiale populistisch-rechtsradikaler Parteien zu dämpfen (etwa: Zick et al. 2016) und damit zu verhindern, dass feindselige und rechtsextreme Einstellungen immer weiter in die gesellschaftliche „Mitte“ eindringen (Heitmeyer 2002-2012).

- Aus *politökonomischer* Perspektive wurde der Aufschwung populistisch-rechtsradikaler Parteien in Europa und den USA in den letzten Jahrzehnten mit unterschiedlichen ökonomischen Prozessen wie Globalisierung, De-Industrialisierung oder steigender ökonomischer Ungleichheit begründet. So hat beispielsweise der Anstieg ökonomischer Ungleichheit insbesondere vulnerable soziale Gruppen empfänglicher für nationalistische und gegen bestehende Eliten gerichtete Politiken gemacht. Daneben wurden auf Mikro- wie auch auf Makroebene Wandlungsprozesse identifiziert (zum Beispiel liberalisierte Formen der Bewegung von Geld, Waren und Arbeitskräften im globalen Maßstab), die den Aufschwung populistisch-rechtsradikaler Parteien und Bewegungen begünstigt haben und im Zuge der Krise zum Teil noch einmal verstärkt zu Tage getreten sind.

In weiterer Konsequenz markieren für Mudde (2019) diese Krisen den Übertritt in eine neue Entwicklungsphase populistisch-rechtsradikaler Parteien in Europa. Diese aktuelle Phase, welche mit der Jahrtausendwende ihren Anfang nimmt, ist wesentlich durch Tendenzen des „Mainstreaming“ und der Normalisierung von populistisch-rechtsradikalen Politiken gekennzeichnet: Die Grenzen zwischen populistisch-rechtsradikalen Parteien und dem bürgerlich-konservativen Mainstream wurden zusehends durchlässig und VertreterInnen des bürgerlich-konservativen Spektrums übernahmen populistisch-rechtsradikale Narrative und Positionen, welche sie dadurch auch mehrheitsfähig machten (Mudde 2019: 163 ff.). Ein Beispiel für diese Entwicklung ist der Bedeutungsgewinn nativistischer Diskurse (siehe dazu unten) auf Seiten der bayrischen CSU und der österreichischen „Neue Volkspartei“ unter dem ehemaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz.

Laut gängigen Einschätzungen ist die AfD dem populistisch-rechtsradikalen Parteienspektrum zuzurechnen (Arzheimer 2019). Gemäß der einflussreichen Definition von Cas Mudde (2019, 2007) umfasst die „populistisch-radikal rechte“ Ideologie drei zentrale Kernelemente:

- Das erste Element ist der *Nativismus*, also das Betonen besonderer Vorrechte für die einheimische, „autochthone“ Bevölkerung gegenüber MigrantInnen. Im Jargon der AfD drückt sich der Nativismus etwa in der Unterscheidung zwischen „Altdeutschen“ und „Neudeutschen“ aus. Grundlegend ist dabei die Differenz zwischen Einheimischen und Fremden, wobei „einheimisch“ im ethnischen, kulturellen oder auch religiösen Sinn verstanden wird, und „Einheimische“ ein möglichst homogenes Volk ausmachen sollten. Eine Gleichbehandlung der so konstruierten Gruppen wird abgelehnt.

Tabelle 1

Zuordnungen populistisch-rechtsradikaler Argumentationen im Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik

Einordnungen	Beschreibung	Beispiele
Nativistisch	an „Ethnie“ oder „Nationalität“ orientierte Argumente, etwa zum Zugang zu Sozialleistungen	Hartz IV soll nur für „Altdeutsche“ verfügbar sein
Populistisch	gegen (vermeintliche) „Eliten“ gerichtete Argumente	der „kleptokratische Steuerstaat“; die abgehobene EU-Bürokratie
Autoritär	den Verlust von Hierarchien und Autoritäten bzw. von Unterordnungs- und Gehorsamsbeziehungen beklagende Argumente	Forderung nach strengen Sanktionen für Sozialmissbrauch oder für (Langzeit-)Arbeitslose

Quelle: Eigene Darstellung.

- Das zweite Element ist der *Autoritarismus*, also das Prinzip einer strikt hierarchischen gesellschaftlichen Ordnung und das Bedürfnis nach Sanktionierung von gegen diese Ordnung verstoßenden und daher moralisch nicht akzeptablen Verhaltensweisen.
- Das dritte Element ist der schon angesprochene *Populismus*, wonach die Gesellschaft in zwei sich gegenüberstehende, nach innen aber homogene Gruppen unterteilt wird: Zum einen das positiv konnotierte „einfache Volk“, zum anderen die negativ konnotierte „korrupte politische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Elite“. Dadurch wird dem repräsentativdemokratischen Prozess der parlamentarischen Entscheidungsfindung implizit auch eine Politik gegenübergestellt, die direkt Ausdruck des „Volkswillens“ gegen die Elite sein soll.

Ausgehend von der These von Mudde, das sozioökonomische Themen von populistisch-rechtsradikalen Parteien wesentlich durch Nativismus, Autoritarismus und Populismus geprägt sind, wird in dieser Studie empirisch analysiert, inwieweit sich diese ideologischen Elemente in den sozial- und wirtschaftspolitischen Positionen der AfD wiederfinden (vgl. zusammenfassend auch Tabelle 1).

2.2 Neoliberalismus, Ordoliberalismus und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik

Eine zentrale Zielsetzung dieser Studie ist es zu untersuchen, auf welche Weise und in welchem Ausmaß die AfD in grundlegenden sozioökono-

mischen Narrativen – in ihrer Programmatik wie auch in ihrer politischen Praxis – auf neoliberale und/oder ordoliberale Argumentationen aufbaut. Dabei stellt insbesondere die Definition dieser beiden wichtigen wirtschaftsliberalen Strömungen eine Herausforderung dar, die sowohl auf ihre lange Geschichte, wie auch auf ihre oftmals umstrittene politische und gesellschaftliche Wirkmächtigkeit zurückzuführen ist. Im Zuge der jüngsten Corona-Pandemie wurde beispielsweise schon zum wiederholten Mal eine Krise oder gar das Ende des Neoliberalismus ausgerufen (Stiglitz 2019). Allerdings haben international renommierte Neoliberalismus-ForscherInnen immer wieder auch ein „[b]efremdliches Überleben des Neoliberalismus“ (Crouch 2013) konstatiert. Dieser würde gleichsam als „ideologiefreie Ideologie“, als „Untoter“ weiterleben (Mirowski 2015), teilweise autoritäre Strukturen stützen (Jessop 2019; Oberndorfer 2012) und somit „die Demokratie zerstören“ (Brown 2018). In der Analyse neoliberaler Diskurspositionen wird oft das Zusammenspiel von (i) standardökonomischem Wissen, das auf die Überlegenheit von Marktmechanismen gegenüber politischen Entscheidungsformen baut, mit (ii) bestehenden politökonomischen Machtstrukturen, also die implizite Akzeptanz der ungleichen Verteilung ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Macht, thematisiert. Auf dieser Basis können neoliberale Reformen in unterschiedlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Feldern als Forderungen nach einer Ausweitung des Marktprinzips gegenüber staatlichen Regulierungsinstitutionen definiert werden. Dieser Sichtweise wird auch in der vorliegenden Arbeit gefolgt.

Neoliberalismus

Historisch wird der Beginn des neoliberalen Wandels in der Wirtschaftspolitik einerseits mit dem Ende des Bretton-Woods-Systems 1973 und andererseits mit den Wahlsiegen von Margaret Thatcher und Ronald Reagan Ende der 1970er- bis Anfang der 1980er-Jahre datiert, in Deutschland insbesondere mit dem Bruch der sozial-liberalen Koalition durch die Veröffentlichung des sogenannten Lambsdorff-Papiers 1982. Damit folgt die neoliberale Wende auf das Zeitalter des „Rheinischen Kapitalismus“, also eines keynesianisch geprägten Nachkriegskonsenses, der den wohlfahrtsstaatlichen Ausgleich und eine grundsätzliche Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit zugunsten eines gesamtwirtschaftlichen Interesses zum Ziel hatte. Eine zentrale Rolle in diesen politischen Transformationsprozessen spielten dabei eine Vielzahl an gut vernetzten wirtschaftspolitischen Think Tanks, die oftmals eine Brücke zwischen (Wirtschafts-)Wissenschaft und Politik schlugen und für die Geschichte des Neoliberalismus generell zentral sind. So wurde schon 1947 auf maßgebliche Initiative von Friedrich August von Hayek die Mont Pelerin Society (MPS) gegründet, die es sich zum Ziel setzte, durch Kooperation von WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und PolitikerInnen neoliberalen Ideen politischen und gesellschaftlichen Einfluss zu verschaffen. Im deutschen Kontext sind Institutionen wie der Kronberger Kreis schon in den frühen 1980er-Jahren und dann insbesondere die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) rund um die 2000er-Jahre als zentrale Akteurinnen der neoliberalen Wende in der Wirtschafts-

und Sozialpolitik zu nennen. Auf inhaltlicher Ebene ist diese Wendephase durch Politikreformen gekennzeichnet, die mehrheitlich auf die Eingrenzung, Begrenzung und den Rückbau des Sozialstaats zielen, exemplarisch etwa die sogenannten Hartz IV-Reformen zur Flexibilisierung des deutschen Arbeitsmarktes.

Zusammenfassend ist Neoliberalismus – beziehungsweise die Bezeichnung „neoliberal“ – bis heute ein Sammelbegriff für unterschiedliche marktliberale Theorien, Initiativen und Interessensgruppen, die die politische und ökonomische Überzeugung der Überlegenheit von Privateigentum und Marktprinzip über alle anderen Prinzipien gesellschaftlicher Ordnung teilen. Ein zentrales Merkmal neoliberaler politischer Bewegungen ist dabei die starke Verbindung von ökonomisch Mächtigen, Arbeitgeberorganisationen und ökonomischer Expertise. Mirowski (2015) unterscheidet auf politökonomischer Ebene 13 Gebote des Neoliberalismus, die wir im Folgenden auch als Basis für die Operationalisierung neoliberaler Positionierungen im Rahmen der Diskursanalyse heranziehen – sowohl auf der Makroebene der Gesellschaft als auch auf der Mikroebene der Individuen. Dazu zählen Themen wie die Nicht-Thematisierung ökonomischer Machtstrukturen, eine Neudefinition der Rolle des Staates, eine marktförmige Organisation der Gesellschaft, die Privatisierung und Vermarktlichung öffentlicher Leistungen sowie die Idee einer „marktkonformen Demokratie“. Grundsätzlich besteht das zentrale Interesse darin, ein ökonomisches Leistungsprinzip als gesamtgesellschaftliches Ordnungsprinzip zu etablieren.

Ordoliberalismus und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik

Neben dem bzw. in einer spezifischen Deutung des Neoliberalismus spielt im deutschen Kontext vor allem der Ordoliberalismus eine zentrale Rolle in Debatten um Reformen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Ordoliberalismus weist sowohl eine Reihe von Überschneidungen als auch von Unterschieden zu neoliberalen Vorstellungen auf. Historisch ist der Ordoliberalismus schon im Gründungskontext neoliberaler Interessenskoalitionen, etwa der Gründung der oben erwähnten MPS, zunächst eine wichtige Teilströmung – quasi die deutsche Variante des Neoliberalismus. Ähnlich wie im Neoliberalismus vertreten auch frühe Ordolibereale, wie Walter Eucken oder Wilhelm Röpke, die These einer grundsätzlichen Überlegenheit des Marktprinzips und treten für eine Herstellung und Sicherung von Märkten und freiem Wettbewerb ein. Bei Eucken zeigt sich dies etwa im Konzept der „Wirtschaftsverfassung“, die letztlich die Möglichkeiten staatlichen wirtschaftspolitischen Handelns begrenzen und somit über dem Recht stehen soll (Wörsdorfer 2011; Ötsch et al. 2018). Zudem treten VertreterInnen beider Strömungen für eine angebotsorientierte Ausrichtung der Wirtschaftspolitik ein und stehen in diesem Kontext den keynesianischen Vorstellungen einer nachfrageorientierten Politik und einer aktiven Rolle des Staates im Wirtschaftsprozess kritisch gegenüber. Die wichtigsten Eckpfeiler angebotsorientierter Wirtschaftspolitik, wie sie international bedeutsam im Konzept der „Reagonomics“ oder dem „Thatcherismus“ vertreten wurde, sind:

- Deregulierung und Privatisierung
- Abbau von Bürokratie und Senkung der Staatsausgaben
- Senkung von Lohnnebenkosten
- Niedrige Steuern auf Arbeit und Kapital
- Anreizorientierung und aktivierende Arbeitsmarktpolitik
- Ausgeglichene staatliche Budgets und Austeritätsmaßnahmen in Krisen
- Unternehmens- und Innovationsförderung

In stärkerem Ausmaß als in anderen neoliberalen Strömungen kommt einem starken Staat als Regelhüter des Wettbewerbs im Ordoliberalismus allerdings eine wichtige Rolle zu. Gemäß dem sogenannten Ordo-Prinzip wird es als zentrale Aufgabe des Staates gesehen, möglichst freie Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und diese als „Hüter der Wettbewerbsordnung“ oder „Marktpolizei“ auch zu sichern. Aufgabe der Politik ist es somit einen wirtschaftsverfassungsrechtlichen Rahmen zu setzen („ordo“, das lateinische Wort für „Ordnung“), allerdings nicht in den Wirtschaftsprozess einzugreifen („Prozesspolitik“, Biebricher und Ptak 2020; Ptak 2008). Damit setzen sich viele Ordolibereale, im Gegensatz zu manchen VertreterInnen eines marktradikaler verstandenen US-amerikanischen Neoliberalismus, auch für die Zerschlagung von Monopolen ein und warnen vor zu hoher Machtkonzentration in den Händen weniger Akteure. Zentrales Kriterium für ordnungspolitische Entscheidungsmöglichkeiten stellt dabei die „Marktkonformität“ dar, die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise im-

mer wieder – auch von Bundeskanzlerin Merkel – als Leitlinie für Politik hervorgehoben wurde (Pühringer 2015). Ebenfalls in stärkerem Ausmaß als in den anglo-amerikanischen neoliberalen Strömungen wird im Ordoliberalismus ein zumindest minimaler Sozialstaat gefordert. Dieser sollte auf dem Subsidiaritätsprinzip fußend Hilfe gegen unverschuldete Armut bereitstellen, ein Existenzminimum und die Menschenwürde sichern und individuelle Freiheit und Eigenverantwortlichkeit stärken. Vor diesem Hintergrund geht auch das mittlerweile in unterschiedlichen Ausdeutungen in der politischen Landschaft breit vertretene Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ auf frühe Ordoliberale (insbesondere Alfred Müller-Armack) zurück. Die „Soziale Marktwirtschaft“ ist als Container-Begriff eng mit dem deutschen Wirtschaftswunder der Nachkriegsjahre verknüpft. Sie repräsentiert, vor dem Hintergrund des Systemkonflikts des Kalten Krieges zwischen den kapitalistischen Ökonomien des „Westens“ und den realsozialistischen Staaten des „Ostblocks“, zum einen den Versuch eines dritten Weges eines sozialeren Kapitalismus (Hien und Joerges 2018). Andererseits ist damit, vor allem im ordoliberalen Verständnis, die Vorstellung verbunden, dass eine gut funktionierende und gestaltete Wirtschaftspolitik letztlich eine eigenständige Sozialpolitik ersetzen könne.

Der Ordoliberalismus war – im Gegensatz zu anderen neoliberalen Strömungen – schon unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem unter Bundeskanzler Erhard politisch einflussreich. Dies scheint zu einer gemäßigteren politischen Praxis neoliberaler Forderungen durch ordoliberale AkteurInnen geführt zu haben (Biebricher und Ptak 2020; Ötsch et al. 2018). Seit den 2000er Jahren und spätestens mit der Gründung der INSM wurde dieser Pragmatismus aber durch eine klarere neoliberale Realpolitik ersetzt, die nicht zuletzt in Slogans wie „Sozial ist was Arbeit schafft“ dem ordoliberalen Verständnis von „Sozialer Marktwirtschaft“ nahekommt².

Im Nachgang der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der daran anschließenden Eurokrise kann ein Wiedererstarken des Ordoliberalismus als nationale aber auch europäische wirtschafts- und geldpolitische Leitlinie konstatiert werden. Insbesondere von internationalen WirtschaftsexpertInnen und -journalistInnen wurde dabei der ökonomische Fokus auf ausgeglichene Budgets und Währungsstabilität sowie die Forderung nach Sparprogrammen für besonders von der Krise betroffene europäische Länder kritisiert (etwa Krugman 2012; Phillips 2016). Generell kann festgestellt werden, dass ein ordoliberales Grundverständnis sowohl in zentralen politischen Institutionen (wie der Bundesbank und zu einem gewissen

2 Aufgrund der beschriebenen Entwicklungsdynamiken des deutschen Ordoliberalismus und den breiten Überschneidungen mit anderen neoliberalen Strömungen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sprechen wir in der Analyse der Positionierungen der AfD in diesen Bereichen in der vorliegenden Studie oft von ordo-/neoliberalen Forderungen und Positionierungen. Unterscheidungen zwischen diesen beiden neoliberalen Strömungen stellen wir dabei gesondert heraus.

Grad der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie den Bundesministerien für Finanzen und Wirtschaft), und in wirtschaftspolitischen Beratungsinstitutionen (Sachverständigenrat, Wissenschaftliche Beiräte der genannten Ministerien) und vielen Wirtschaftsforschungsinstituten eine zentrale Rolle spielt (Dullien und Guérot 2012; Kapeller et al. 2021).

Vor diesem Hintergrund ist auch der Hamburger Appell zu verstehen, der im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 von den drei Ökonomen Michael Funke, Bernd Lucke und Thomas Straubhaar verfasst, von mehr als 250 WirtschaftsprofessorInnen unterzeichnet und vom INSM medial verbreitet wurde. In diesem Appell werden, den oben beschriebenen Grundsätzen ordo-/neoliberaler angebotsorientierter Wirtschaftspolitik folgend, unter anderem verstärkte Arbeitsanreize durch Lohnsenkungen für Geringverdienende sowie generell eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes gefordert. Wenige Jahre später gründete Bernd Lucke mit mehreren ordo-/neoliberalen ÖkonomInnen (etwa Joachim Starbatty, Jörn Kruse, Roland Vaubel oder Helga Luckenbach), von denen viele ebenfalls den Hamburger Appell unterstützt hatten, die „Wahlalternative 2013“, aus der schließlich die AfD hervorging. Generell spielen ÖkonomInnen in den ersten Jahren nach der Gründung der AfD eine bedeutende Rolle und prägten das sozioökonomische Narrativ des „Wettbewerbspopulismus“ (Bebnowski und Förster 2014; Bebnowski 2015). Mit dieser Positionierung gelingt es der AfD in den frühen Jahren im Kontext der Eurokrise auch, sich durch eine pointierte, oft populistische Kritik an der

EU, dem Euro und den daraus proklamierten Einschränkungen der Souveränität Deutschlands von anderen Parteien abzugrenzen und erste Wahlerfolge zu feiern. Die AfD fand durch das professoral-sachliche Auftreten von SpitzenpolitikerInnen wie Bernd Lucke zunächst vor allem bei konservativen Wählerschichten Zuspruch. Allerdings führten die Spannungen in der Führungsspitze und die Uneinigkeit über die grundsätzliche wirtschafts- und sozialpolitische Ausrichtung der AfD schon nach kurzer Zeit zu Parteikrisen und -spaltungen. Ein zentraler Beitrag dieser Studie besteht daher auch darin, aufzuzeigen, inwieweit und in welchem Ausmaß ordo-/neoliberale sozioökonomische Argumentationsmuster in der AfD auch aktuell noch von Bedeutung sind oder ob (und in welchen Bereichen) diese durch „interventionistische“ und „sozialere“ Positionierungen ersetzt wurden.

Exkurs: „Interventionistisch-sozial“ als Gegenstück zum ordo-/neoliberalen Narrativ

Die vorgestellte Sichtweise des Neo- und Ordoliberalismus, das grundsätzliche Vertrauen in die Kräfte des Marktes bei gleichzeitigem allgemeinen Misstrauen gegenüber staatlichen Eingriffen, ist in der ökonomischen Disziplin nicht unumstritten. In seinem Einführungsbuch in die Volkswirtschaftslehre verweist Bofinger (2019) darauf, dass der Markt den Staat braucht – und zwar über die Gewährleistung fundamentaler Staatsfunktionen (wie die Garantie der Rechts- und Eigentumsordnung

sowie der äußeren Sicherheit) hinaus, auf welche der Neo- und Ordoliberalismus den Staat beschränken will. Vielmehr komme dem Staat auch die Aufgabe zu, erstens mittels Eingriffen in den Markt umverteilend zu wirken (Distributionsfunktion), zweitens ausgewählte Güter und Dienstleistungen selbst bereitzustellen (Allokationsfunktion), und drittens gegebenenfalls durch wirtschaftspolitische Interventionen stabilisierend in die Konjunktur einzugreifen (Stabilisierungsfunktion).

- Die *Distributionsfunktion* beinhaltet die staatlich organisierte Umverteilung zum Zweck des sozialen Ausgleichs. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass die über den Markt generierten Einkommen nicht notwendigerweise allen Menschen ein Leben oberhalb des Existenzminimums ermöglichen. Gebräuchliche Instrumente staatlicher Umverteilung sind Steuern (zum Beispiel eine progressive Einkommenssteuer), Höchst- und Mindestpreise (beispielsweise eine Mietpreisbremse oder der Mindestlohn) oder direkte Transferleistungen (unter anderem Sozialhilfe, Kindergeld, weitgehend kostenloses Bildungssystem etc., vgl. Bofinger 2019).
- Die *Allokationsfunktion* des Staates tritt dann auf den Plan, wenn Marktversagen gegeben ist und somit der Markt (in einem Bereich) keine effiziente Ressourcenallokation ermöglicht. In diesem Fall greift der Staat in

den Marktprozess ein, um die gesellschaftliche Wohlfahrt zu steigern. Beispiele sind eine staatliche Wettbewerbspolitik (zum Beispiel Anti-Kartell und Anti-Monopolgesetzgebungen)³, die staatliche Organisation eines öffentlichen Bildungssystems und sozialer Sicherungssysteme (Absicherung gegen Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit, etc.), sowie die Bereitstellung und Sicherung öffentlicher Güter (beispielsweise der Erhalt einer sauberen und intakten Umwelt, Klima- und Seuchenschutz, die Garantie eines Rechtssystems und einer Währungsordnung etc., vgl. Bofinger 2019).

- In Fällen in denen die Selbstheilungskräfte des Marktes an ihre Grenzen stoßen – zum Beispiel in Zeiten eines wirtschaftlichen Einbruches mit steigender Arbeitslosigkeit – ist die *Stabilisierungsfunktion* des Staates gefragt. Dabei muss von staatlicher Seite durch gezielte antizyklische (also dem Konjunkturzyklus entgegengesetzte) wirtschaftspolitische Interventionen stabilisierend auf die konjunkturelle Entwicklung eingewirkt werden. Staatliche Instrumente dafür sind einerseits die Geldpolitik – die Notenbank beeinflusst über Leitzinsen, Mindestreservesatz und Kredit- und Liquiditätsprogramme die Geldmenge und Inflation –, andererseits die Fiskalpolitik – die Regierung beeinflusst über Steuerpolitik und Staatsausgaben die gesamtwirtschaftliche Nachfrage (vgl. Bofinger 2019).

3 Wie die Ausführungen zuvor zeigen, ist der Ordoliberalismus mit wettbewerbspolitischen Eingriffen ebenfalls einverstanden.

Es wird zwar auch ersichtlich, dass die geschil-
derten staatlichen Funktionen sich teils mit dem
ordo- und neoliberalen Staatsverständnis über-
lappen – siehe insbesondere die staatliche Allo-
kationsfunktion mit Blick auf die Wettbewerbs-

politik oder die staatliche Gewährleistung der
Eigentums- und Rechtsordnung. Dennoch ist
festzustellen, dass eine interventionistisch aus-
gerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik dem
Staat eine weit aktivere Rolle zuweist und sich

Tabelle 2

Zuordnungen ordo-/neoliberaler und interventionistisch-sozialer Argumentationen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Einordnungen	Beschreibung	Beispiele
ordo-/neoliberal		
Grundprinzipien	Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung	Abbau von Vorschriften
Makroebene (Ökonomie)	Fokus auf marktbasierte Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung durch: Privateigentum, marktwirtschaftliche Konzepte, regelgebundene Wirtschaftspolitik, internationale Wettbewerbsfähigkeit, Freihandel, ökonomische Anreize (Angebotsorientierung), Abbau von Subventionen, Steuersenkungen, schwarze Null und Abbau der Staatsverschuldung, Skepsis gegenüber staatlichen Transferzahlungen und wirtschaftspolitischen Eingriffen	Schuldenbremse im Verfassungsrang; Abschaffung des Solidaritätszuschlags; Der Staat soll für eine effiziente Wirtschaftsordnung sorgen und Wettbewerb fördern und fordern, das ersetzt auch eine eigenständige Sozialpolitik
Makroebene (Staat und Verwaltung)	Kritik an Staatsversagen, Forderung nach effizienter Verwaltung, Bürokratiekritik	Verschwendung öffentlicher Mittel
Mikroebene (Ökonomie/ökonomische Moral)	Moralische Argumente, wie mangelnder Arbeitsethos, „Faulheit“; Selbstverantwortung und individuelle Freiheit	Sanktionen im Bereich der Sozialhilfe; Lohnabstandsgebot; gegen die Gängelung durch Staat und Politik
interventionistisch-sozial		
Gesamtwirtschaftliche Steuerung und Stabilisierung	interventionistische und antizyklische Wirtschaftspolitik, Nachfragemanagement, „deficit spending“	Staat soll stabilisierend in den Wirtschaftsprozess eingreifen
Staatliche Allokation	Organisation sozialer Sicherungssysteme, Bereitstellung und Sicherung öffentlicher Güter	Sicherung des Rentensystems, Sanierung und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur
Staatliche Distribution	Umverteilung durch progressives Steuersystem und staatliche Transferleistungen, Höchst- und Mindestpreise	Progressive Einkommenssteuer, Familienleistungen, Mindestlohn
Protektionismus	Protektionistische Handelspolitik, Regulierung der Finanzmärkte	Quoten und Zölle, Kapitalverkehrskontrollen

Quelle: Eigene Darstellung.

in zahlreichen Aspekten – insbesondere in der Betonung der Notwendigkeit sozialer Umverteilung oder staatlicher antizyklischer Interventionen in den Konjunkturverlauf – wesentlich von einer ordo- und neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik unterscheidet. Aus diesen Gründen bezeichnen wir dieses sozioökonomische Narrativ in Abgrenzung zum Ordo- und Neoliberalismus als interventionistisch-sozial.

Auf Basis der hier diskutierten Überlegungen zu den Grundlagen neoliberaler, ordoliberaler und angebotsorientierter sowie interventionistisch-sozialer Wirtschafts- und Sozialpolitik haben wir in der empirischen Analyse der AfD-Positionierungen in dieser Studie die in Tabelle 2 dargelegten Zuordnungen heran-

gezogen. Aus Analysezielen unterscheiden wir für den ordo- und neoliberalen Diskurs zwischen den neoliberalen Grundprinzipien (Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung) sowie auf der Makroebene zwischen dem Fokus auf die Ökonomie (zum Beispiel auf „internationale Wettbewerbsfähigkeit“) und auf Staat und Verwaltung (beispielsweise durch Kritik an staatlicher Bürokratie). Zusätzlich werden auch ökonomisch-moralische Argumente auf der Mikroebene berücksichtigt. Für die Analyse des interventionistisch-sozialen Diskurses orientieren wir uns an den geschilderten ökonomischen Staatsfunktionen. Ergänzend haben wir diesem Diskurs auch protektionistische Argumente zugeordnet.

3 Methodischer Zugang und Vorgehen

Vor dem Hintergrund des dargestellten Forschungsinteresses untersuchen wir die grundlegenden sozioökonomischen Narrative sowie die darauf aufbauenden zentralen Argumentationsmuster. Dazu verfolgen wir den computergestützten methodischen Ansatz der Kritischen Diskursanalyse (Fairclough et al. 2011; Wodak 2013) und analysieren programmatische Positionierungen der AfD im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Anträge, Gesetzesentwürfe und Debattenbeiträge im Deutschen Bundestag. Der Ansatz der Kritischen Diskursanalyse ermöglicht es, die mit diskursiven Deutungsrahmen und Narrativen verbundene Regelhaftigkeit des Schreibens über konkrete Phänomene (zum Beispiel Armut, Arbeitslosigkeit, Fiskalpolitik) ebenso wie damit verbundene Auseinandersetzungen zu rekonstruieren und zu analysieren.



Definition „Diskurs“

Unter Diskursen verstehen wir spezifische Ordnungen des Wissens und der Bedeutungen, durch welche die soziale Wirklichkeit vermittelt wird. Soziale AkteurInnen (Individuen und Kollektive) sind in diese Ordnungen eingebunden und bringen sie zugleich im Rahmen sozialer Praktiken (Sprechen, Schreiben usw.) hervor, das heißt sie reproduzieren und modifizieren sie. Das impliziert, dass besagte Praktiken zwar regelgebunden, aber veränderlich sind, woraus der relativ stabile und doch stets wandelbare

Charakter bestehender Wissensordnungen resultiert. Zugleich wird hier insofern auch deren Umkämpftheit deutlich, da verschiedene AkteurInnen versuchen, auf den Diskurs und den durch ihn konstruierten Bedeutungsgehalt sozialer Phänomene einzuwirken, um ihn zu verändern oder zu fixieren.

Ergänzend evaluieren wir auch das Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag entlang der Achse ordo-/neoliberal bis interventionistisch-sozial. Dieses kombinierte Vorgehen macht es möglich, einerseits die zentralen Argumentationsmuster und Narrative der AfD in diesen Politikbereichen zu identifizieren. Andererseits erlaubt es uns auch die angesprochenen etwaigen populistisch-rechtsradikalen und ordo-/neoliberalen Narrative im sozial- und wirtschaftspolitischen Diskursprofil der AfD auszumachen sowie in Folge vorhandene Überschneidungen oder Widersprüche zu thematisieren.

In Tabelle 3 werden die zentralen Schritte unserer Analyse skizziert und der grobe Ablauf des methodischen Vorgehens in fünf Abschnitten dargestellt.

Für die Erstellung des Textkorpus, also des zu analysierenden Materials, sammelten wir

- (i) die zentralen programmatischen Texte der Bundes-AfD und
- (ii) die wirtschafts- und sozialpolitischen Anträge und Gesetzesentwürfe sowie die thematisch passenden verschriftlichten

Tabelle 3
Ablauf des methodischen Vorgehens

Phase	Vorgehen
1	Erstellung des Textkorpus auf Basis vorab festgelegter Auswahlkriterien (siehe unten)
2	Entwicklung eines Analyserasters: vorab definierte Kategorien (siehe Kapitel 2.1 und 2.2), welche im Rahmen der Analyse induktiv erweitert wurden
3	Codierung des Datenmaterials mithilfe der qualitativen Analyse-Software MAXQDA
4	Feinanalyse des codierten Datenmaterials hinsichtlich konkreter wirtschafts- und sozialpolitischer Positionen und der sich darin manifestierenden sozioökonomischen Narrative der AfD
5	Analyse der Verflechtungen von sozioökonomischen Narrativen in sozial- und wirtschaftspolitischen Politikfeldern

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 4
Zusammensetzung des Textkorpus

(i) Programmatische Texte
■ Bundestagswahlprogramm (2013, 2017 und 2021) ■ Europawahlprogramm (2014 und 2019) ■ Politische Leitlinien (2014) ■ Grundsatzprogramm (2016) ■ Leitantrag der Bundesprogrammkommission zur Sozialpolitik (2020)
(ii) Anträge, Gesetzesentwürfe und Bundestagsdebattenbeiträge (2017 bis Ende 2020)
■ Anträge und Gesetzesentwürfe (Zuweisung zu den Fachausschüssen „Arbeit und Soziales“, „Wirtschaft und Energie“, „Finanzen“ und „Haushalt“; bei fehlender Zuweisung Übernahme in Anlehnung an die Zuweisungspraxis des Bundestags) ■ Debattenbeiträge zu Anträgen und Gesetzesentwürfen (Zuweisung zu den Fachausschüssen „Arbeit und Soziales“, „Wirtschaft und Energie“, „Finanzen“ und „Haushalt“; bei fehlender Zuweisung Übernahme in Anlehnung an die Zuweisungspraxis des Bundestags) ■ Debattenbeiträge zu den Haushaltsgesetzen (zu den Einzelplänen 04, 08, 09, 11 sowie die Schlussdebatte) ■ Debattenbeiträge zur Abgabe einer Regierungserklärung (zu den Bereichen „Finanzen“, „Haushalt“, „Wirtschaft und Energie“ sowie „Arbeit und Soziales“) ■ Sonstige thematisch passende Debattenbeiträge ohne Ausschusszuweisung (Aktuelle Stunde, Vereinbarte Debatte, Unterrichtung durch die Bundesregierung)

Quelle: Eigene Darstellung.

Debattenbeiträge der AfD-Bundestagsfraktion vom Einzug in den Bundestag 2017 bis Ende 2020.

Für die Auswahl der wirtschafts- und sozialpolitischen Anträge (inklusive Änderungs- und Entschließungsanträge) und Gesetzesentwürfe sowie der thematisch entsprechenden Debattenbeiträge wurde eine formale Abgrenzung vorgenommen, indem all jene in den Textkorpus aufgenommen wurden, welche per Bundestagsbeschluss den Fachausschüssen „Arbeit und Soziales“, „Wirtschaft und Energie“ sowie dem „Finanzausschuss“ und dem „Haushaltsausschuss“ zugewiesen wurden. Fehlt eine formale Zuweisung, wurden Anträge und Debattenbeiträge nach eigener Einschätzung in Anlehnung an die Zuweisungspraxis des Bundestages in den Textkorpus mit aufgenommen. Auch die Debatten zu den Bundeshaushaltsgesetzen, welche allgemein viel Raum im Plenum einnehmen, wurden selektiv berücksichtigt. Der Bundeshaushalt setzt sich gegenwärtig aus 23 Einzelplänen zusammen – unter anderem ist jedem Bundesministerium und jeder sonstigen Obersten Bundesbehörde ein Einzelplan zugewiesen –, wobei die mit Bundesministerien verbundenen Einzelpläne jeweils im Plenum debattiert werden. In den Textkorpus aufgenommen wurden infolge die Debatten zu Einzelplan 04 (Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt), Einzelplan 08 (Bundesministerium der Finanzen), Einzelplan 09 (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) und Einzelplan 11

(Bundesministerium für Arbeit und Soziales) sowie die Schlussdebatte. Tabelle 4 gibt einen Überblick über die Zusammensetzung des gesamten analysierten Materials.

In Summe wurden sieben programmatische Texte, 124 Anträge und Gesetzesentwürfe sowie in etwa 660 Debattenbeiträge von AfD-Bundestagsabgeordneten in den Textkorpus aufgenommen und analysiert.

Dieser Textkorpus stellte die Basis für die weiteren Analysen von Positionierungen und Argumentationslinien der AfD auf Basis der in Kapitel 2 dargestellten und theoretisch hergeleiteten Analyserastern – den sozioökonomischen Narrativen zum populistischen Rechtsradikalismus im Bereich der Gesellschaftspolitik, sowie den ordo-/neoliberalen oder interventionistisch-sozialen Narrativen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dazu wurden mit Hilfe der qualitativen Analyse-Software MAXQDA all jene Textpassagen identifiziert, die unmittelbar wirtschafts- und sozialpolitische Argumentationen enthalten. Dies ermöglichte Rückschlüsse auf die Bedeutung einzelner sozioökonomischer Narrative für die AfD. Durch die Einordnung der Textfragmente konnten auch Überschneidungen und Überlappungen von Positionierungen aufgezeigt werden. Somit eignet sich unser methodischer Ansatz, die potentiellen Spannungslinien der AfD zwischen teilweiser „sozialer“ Rhetorik, ordo-/neoliberaler Interessenspolitik und der grundlegenden populistisch-rechtsradikalen Ausrichtung der Partei auszumachen.

4 Die wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik der AfD 2013-2021

Zu Beginn dieses Kapitels erfolgt eine kompakte historische Aufarbeitung jener programmatischen Texte, welche zeitlich vor dem Einzug in den Bundestag (2013-2017) angesiedelt sind. Im Anschluss werden das Wahlprogramm 2017, mit welchem die AfD in den Bundestag einzog, und dann insbesondere das aktuelle Wahlprogramm 2021 analysiert. Dabei werden die für die AfD primären Politikfelder und Anliegen aufgegriffen und ausgearbeitet. Während in diesem Kapitel also die Analyse der programmatischen Orientierung der AfD zu sozioökonomischen Fragestellungen vorgenommen wird, behandelt das nachfolgende Kapitel 5 die politische Praxis der AfD, wie sie sich in Redebeiträgen und Anträgen im Bundestag manifestiert.

4.1 Die Programmatik der AfD im Gründungskontext (2013-2017)

In ihren Anfängen beschränkte sich die AfD in ihrer Programmatik auf einige wenige Kernthemen, wie es für neu gegründete Parteien meist typisch ist. In den programmatischen Gründungsdokumenten (Wahlprogramm 2013, Politische Leitlinien 2014, Europawahlprogramm 2014) lag der wirtschaftspolitische Fokus auf der Euro-Rettungs- und Währungspolitik, welche etwa ein Drittel des damaligen Wahlprogramms einnahm. Zu den besagten Anliegen gehörten insbesondere die Kritik an der Europäischen Währungsunion bzw. am Euro sowie an der Geldpolitik der EZB. Weitere wirtschaftspolitische Anliegen finden sich mit Ausnahme eines überschaubaren Teils zur Ener-

gie- und Steuerpolitik anfangs kaum. Einen weiteren zentralen Punkt stellten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dar, hierbei wurden ein klarer staatlicher Regelrahmen, ein konstatiertes vorherrschendes Demokratiedefizit und die Bedeutung unabhängiger politischer Institutionen in den Vordergrund gerückt. Unter letzterem versteht die AfD das Fernbleiben politischer „Ideologien“ und dirigistischer Einflussnahme durch Parteibesetzungen von staatlichen Einrichtungen. Dazu zählt die Partei beispielsweise den Justizbereich oder auch Wirtschaftsgremien, welche faktenbasiert ihren Aufgabenbereich verwalten sollen. Der sozialpolitische Bereich gestaltet sich in den programmatischen Texten der AfD anfangs wenig umfangreich, da nur ausgewählte Punkte zu den Themen Alterssicherung, Bildung und Demografie behandelt wurden. Im Bereich der Energie- und Integrationspolitik argumentierte die AfD zu Beginn vornehmlich auf Basis von Kosten-Nutzen-Überlegungen aus nationalstaatlicher Sicht. So wird bei der Migrationsdebatte entgegen der Rhetorik populistisch-rechtsradikaler Parteien kaum die „Kriminalität“ oder „Faulheit“ von MigrantInnen betont, sondern die Notwendigkeit für Deutschland qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung zu ermöglichen. Energiepolitisch wird lediglich verlangt, dass die Kosten für das EEG (Erneuerbare-Energie-Gesetz) nicht durch eine Erhöhung des Strompreises, sondern durch das allgemeine Steueraufkommen finanziert werden (AfD 2013, 2014a, 2014b). Insgesamt stellt sich 2013/14 die Argumentation und das Sprachbild der AfD als weitgehend sachlich

und – für eine heute populistisch-rechtsradikale Partei – moderat dar (dazu auch Bebnowski und Förster 2014).

Nachdem sich 2015 der nationalkonservative Flügel der AfD bei internen Streitigkeiten durchsetzte und infolge Parteigründer Bernd Lucke mit seiner Gefolgschaft die AfD verließ, fand diese Entwicklung auch programmatischen Niederschlag (Bender 2015). Zusätzlich zu den oben genannten Gründungsthemen wurde der Fokus nun vor allem auf Sozialpolitik, Außenpolitik und die damals aktuelle Migrationsthematik gelegt. Die Sozialprogrammatik wurde deutlich ausgebaut und gleichzeitig mit nativistischen Narrativen – in Verbindung mit einer betriebswirtschaftlichen Sichtweise – aufgeladen (AfD 2017):

„Wir wollen selbst entscheiden, wer zu uns kommt, und ausschließlich qualifizierten Zuzug nach Bedarf zulassen.“
(AfD 2017, S. 29)

Oder auch:

„Wir lehnen jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge ab, da die deutschen Sozialsysteme diese Lasten nicht tragen können.“
(AfD 2017, S. 31)

Diese Betrachtungsweise wird ab diesem Punkt zu weiten Teilen auch auf wohlfahrtsstaatliche Instrumente angewendet:

„Auch aus diesem Grund ist die derzeitige Migrationspolitik sofort zu beenden.

Die zur Zeit dort mobilisierten jährlichen Milliardenbeträge, mit steigender Tendenz für die Zukunft, müssen in die Stabilisierung der Alterssicherung der deutschen Bevölkerung umgelenkt werden.“ (AfD 2017, S. 57)

Ökonomische Argumentationen – Kosten sowie wirtschaftlicher Bedarf nach Arbeitskräften – werden mit einer nativistischen Unterscheidung in Einheimische und „Fremde“ verbunden. Während ersterer nicht als Kostenfaktor für die Sozialsysteme gesehen werden, werden MigrantInnen primär unter diesem Aspekt betrachtet.

Eine der wohl auffälligsten Veränderung lässt sich in der Perspektive der AfD feststellen. Wo noch zu Gründungszeiten ein möglichst unbefangener und wissenschaftlicher Blickwinkel auf gesellschaftliche Problemstellungen angestrebt wurde, wird dies nun zugunsten einer rein nationalen, stärker ideologisch fundierten Betrachtungsweise aufgegeben. Eine Tendenz des vermehrten Abgrenzens gegenüber der etablierten Politik – ein zentrales Merkmal populistischer Parteien und Bewegungen – wird in fast allen Bereichen und nicht wie zuvor nur hinsichtlich der Währungspolitik der EU sichtbar. So sollen Außengrenzen schärfer kontrolliert, Entwicklungshilfen eingestellt, aber auch Freihandelsabkommen wie TTIP abgelehnt werden (AfD 2016, 2017). Mit der Neuausrichtung ihrer Themensetzungen und einer vor allem im sozialpolitischen Politikbereich ausgebauten Programmatik zog die AfD als drittstärkste Partei 2017 in den Bundestag ein.

4.2 Die Programmatik der AfD im Bundestag (2017-2021)

Aus Sicht der AfD sind die Bundesregierung und „Brüssel“ in nahezu allen Politikbereichen der Grund für ökonomische wie auch gesellschaftliche Missstände in Deutschland, wobei diese Schuldzuschreibung ab 2017, im Gegensatz zu den Gründungsprogrammen, noch einmal deutlich zugenommen hat. In diesem Kontext werden oftmals rechtsstaatliche und demokratische Argumente angeführt. Um das Problem des Lobbyismus der „Parteibuchwirtschaft“ zu bekämpfen, verlangt die AfD etwa strengere Einschränkungen was Nebentätigkeiten oder politisch bedingte Begünstigungen von AmtsinhaberInnen betrifft, beispielsweise hinsichtlich deren Rentenansprüche. Zusätzlich wird mehr Transparenz bezüglich des Staatshaushaltes und eine Offenlegung der verursachten Kosten in den jeweiligen Ministerien verlangt. Hier tritt der populistische Charakter der Partei in den Mittelpunkt, indem direkt und indirekt immer wieder auf korrupte politische Eliten verwiesen wird (AfD 2017). Im Zusammenhang mit dem Staatshaushalt spricht sich die AfD klar für die Schuldenbremse und einen ausgeglichenen Haushalt aus. Damit nimmt sie eine restriktive fiskalpolitische Position ein, wie sie in Deutschland im Zuge der Eurokrise insbesondere von ordoliberalen ÖkonomInnen vertreten wurde, während keynesianische ÖkonomInnen diese Position abgelehnten (Dullien und Guérot 2012; Havertz 2018). Generell zeigt sich im Pochen auf politisch nicht diskutierbare Regeln im Bereich der Fiskal- aber auch

der Geldpolitik der Einfluss der ordoliberalen Vorstellung eines über der Politik stehenden ökonomischen Rechtsrahmens, einer „Wirtschaftsverfassung“ im Sinne Walter Euckens.

Neben Kritik auf dieser institutionellen Ebene verweist die AfD auch auf einige Probleme, die aus ihrer Sicht strukturell bedingt tiefer liegen. So zum Beispiel bei der Rententhematik, welche eine ideale Schnittstelle für zwei der zentralen Narrative – Nativismus/Nationalismus und Ordo-/Neoliberalismus – der AfD darstellt. Ersteres Narrativ drückt sich zum Beispiel dadurch aus, dass das deutsche Sozialsystem aufgrund der fehlenden Beitragszahlungen durch MigrantInnen besonders belastet sei. Auch die Kritik an der Nullzinspolitik der EZB – welche zu einer „Enteignung“ der deutschen SparerInnen und der Rentenkassen führe, da es dadurch kleineren AnlegerInnen verwehrt bleibe, sich eine angemessene Rente anzusparen – greift nationalistische Argumentationsmuster auf. Jegliche Forderungen oder Kritikpunkte werden darüber hinaus mit dem ordo-/neoliberalen Argument des Leistungsgedanken – beispielsweise bei der sozialen Problematik der Altersarmut und der Zukunft des Rentenversicherungssystems – gekoppelt. Mit einem Verweis auf den demografischen Wandel wird die zukünftige Finanzierung der staatlichen Rente hinterfragt, und eine Stärkung der zweiten und dritten Säule, also der betrieblichen und der privaten Vorsorge, beworben (AfD 2017, 2019).

Allgemein sind die Abgabenlast und der bürokratische Aufwand aus Sicht der AfD ein grundlegendes Problem, welches Wohlstand in

Deutschland systembedingt verhindert. Gleiches gilt für die Familienpolitik, womit die Partei gleichzeitig eine zentrale Zielgruppe, deutsche Jungfamilien, ansprechen will. Es wird ein weitgehend konservatives Familienbild als Kern der deutschen Gesellschaft transportiert, welches die Basis für eine erfolgreiche soziale Marktwirtschaft und somit auch für eine prosperierende Zukunft des Landes darstelle. Neben der Stärkung der deutschen Familie verfolgt die AfD vor allem das Ziel eines stabilen Arbeitsmarktes mit einer starken heimischen, jedoch international konkurrenzfähigen Wirtschaft (AfD 2016, 2017). Dabei ist der ökonomische Unterbau Deutschlands das Fundament für die Lösung aller sozial- und gesellschaftspolitischen Problemstellungen:

„Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle. Denn Wettbewerb schafft die Freiheit, sich zu entfalten und selbst zu bestimmen, privates Eigentum an Gütern und Produktionsmitteln erwerben zu können, eigenverantwortlich Verträge zum eigenen Vorteil und zum allgemeinen Wohl zu schließen, zwischen verschiedenen Anbietern, Produkten, Dienstleistungen oder Arbeitsplätzen wählen zu können, ertragsbringende Chancen zu nutzen, aber auch ein mögliches Scheitern selbst zu verantworten.“ (AfD 2017, S. 67)

Diese Sichtweise auf Wirtschaft im Wahlprogramm 2017 greift klar ordo- bzw. neoliberale Vorstellungen einer Überlegenheit des Marktpinzips auf. Eine Verschlankung des Staates

und des bürokratischen Apparates wird ebenso angestrebt, wie die größere Eigenverantwortung der einzelnen Wirtschaftssubjekte. Dies soll in Verbindung mit dem Steuerungsmechanismus des freien Marktes zu einer Optimierung oder zumindest einer deutlichen Verbesserung der aktuellen, von der AfD kritisch bewerteten, Zustände führen. Zusätzlich fordert die AfD eine Auflösung von vermeintlich unwichtigen Ressorts und eine Priorisierung von Staatsausgaben – beispielsweise durch einen Fokus auf die Förderung von wettbewerbsstärkenden Technologien oder den Aufbau von (digitaler) Infrastruktur zur Steigerung von Investitionen (AfD 2017).

Von der EU wird sich generell distanziert, da nur dadurch ein souveränes, faires und vor allem wirtschaftlich erfolgreiches Deutschland möglich sei. Trotz – oder aus Sicht der AfD: genau wegen – ihrer abwehrenden Haltung gegenüber der EU ist die Partei sowohl 2014 wie auch 2019 mit einem umfangreichen Wahlprogramm zur Europawahl angetreten. Die Programme stellen sich als Anti-EU Wahlprogramme dar und fokussieren in ihrer Kritik auf die Kernthemen der Partei, wie die EU-Geldpolitik oder die Währungsunion. Die für die AfD weitreichenden Einmischungen von Seiten Brüssels seien zu unterbinden und – ähnlich wie auf nationaler Ebene – der Abgaben- und Bürokratiegrad stark zu reduzieren. Die EU solle sich auf ihre Kernaufgabe, nämlich den freien Binnenmarkt und weniger auf sozial- oder außenpolitische Themen konzentrieren. Grundsätzlich wird von der AfD eine Rückführung von Kompetenzen auf die nationale Ebene

angestrebt, um Kultur, (ökonomische) Unabhängigkeit und staatliche Integrität wiederherzustellen (AfD 2014a, 2019). Hier zeigt sich sowohl der nationalistische Charakter der Partei, welcher politisch Einflussnahme von „außen“ strikt ablehnt, als auch das ordo-/neoliberale Narrativ des freien Marktes, welches wirtschaftspolitische Eingriffe ablehnt und Regulierungen tendenziell als störend betrachtet.

4.3 Die Programmatik der AfD im Wahlprogramm 2021

Die weitreichende EU-Skepsis der AfD zeigt sich noch deutlicher im aktuellen Wahlprogramm, indem die EU für eine zunehmende Zentralisierung und Entdemokratisierung kritisiert wird und sich laut AfD zu einem „planwirtschaftlichen Suprastaat“ (AfD 2021, S. 30) entwickle. Zusätzlich werden Umverteilungsprogramme und solidarische Haftungen, die über die nationalen Grenzen hinausgehen, als grundlegend falsch angesehen. Umverteilungsmechanismen werden, neoliberalen Grundvorstellungen folgend, als Störfaktoren in der Wirtschaft gesehen, welche sich negativ sowohl auf die deutsche Volkswirtschaft wie auch den nationalen Wohlstand auswirken. Neben der Kritik an der EU als Ganzes steht, wie schon zuvor, die Nullzins- und Geldpolitik der EZB im Fokus. Über diese Kritik hinaus kommt im neuen Wahlprogramm jedoch eine weitere Forderung hinzu, welche im Widerspruch zum bisherigen Verlangen der AfD nach einer politisch unabhängigen EZB steht. Vorgeschlagen

wird eine neue Stimmrechtverteilung innerhalb des EZB-Rates, die sich nach dem Anteil des haftbaren Eigenkapitals der jeweiligen Mitgliedsstaaten richtet (AfD 2021). Dies würde bedeuten, dass es zu einer machstrukturellen Schieflage und einer Dominanz der Deutschen Bundesbank hinsichtlich geldpolitischer Entscheidungen auf EU-Ebene kommen würde – oder wie es im Wortlaut der AfD heißt:

„Die EZB sollte eine zweite Deutsche Bundesbank sein.“ (AfD 2021, S. 53)

In Summe führt die breite EU-Kritik für die AfD zur Forderung nach einem „Dexit“, einer Abkopplung Deutschlands von der EU, ähnlich dem „Brexit“ Großbritanniens. Damit werde eine Rückführung aller Kompetenzen und Entscheidungen auf die nationale Ebene erreicht. Die Einführung einer nationalen Währung soll darüber hinaus Fiskalhoheit und Wettbewerbsfähigkeit garantieren (AfD 2021).

Das Wettbewerbsargument kommt auch bei der Energie-, Klima- und Umweltpolitik der AfD zum Tragen. Die Problematik wird in der Umsetzbar- und Wirtschaftlichkeit von Photovoltaik- und Windkraftanlagen gesehen, da der Effizienzgrad hinter Kern- und Kohleenergie liege, was einen drastischen Wettbewerbsnachteil nach sich ziehe und somit das Abwandern von Industrie und Wohlstand zur Konsequenz hätte. Das gängige Argument des technischen Fortschritts wird als Gegenentwurf zu einer sozial-ökologischen Energiewende formuliert:

„Nicht Verzicht, Rückschritt und Sozialismus haben die Umweltbelastungen seit Jahrzehnten reduziert, sondern technischer Fortschritt und eine aufklaren Regeln basierende Marktwirtschaft.“ (AfD 2021, S. 75 f.)

In diesem Sinne wird die derzeitige Umweltpolitik als planwirtschaftliche Maßnahme, welche zu unterbinden sei, gesehen. Stattdessen wird auf staatliche Rahmenbedingungen für Investitionen und dadurch ermöglichte Fortschritte im Bereich der Abfallbeseitigung und Wiederaufbereitung gesetzt. Die entsprechenden Technologien sollen wiederum die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stärken.

Die Klima- und Energiedebatte wird vor allem durch das Gebäude-Energie-Gesetz (GEG) auch im Bereich der Wohnungspolitik immer wieder aufgegriffen. Aus Sicht der AfD ist dieses Gesetz mitverantwortlich für die Mietpreissteigerungen in Deutschland und bringe keinen entsprechenden ökologischen Nutzen, sodass das GEG von der AfD abgelehnt wird. Ein weiterer ordo-/neoliberal fundierter Vorschlag der AfD ist das Abtreten von staatlichem Wohneigentum an die jeweiligen MieterInnen zum Selbstkostenpreis, um so den gestiegenen Preisen auf dem Immobilienmarkt entgegenzuwirken (AfD 2021). Beide Forderungen zielen auf eine Minderung von staatlichen Interventionen auf dem Wohnungsmarkt ab, wodurch – aus ordo-/neoliberaler Sicht – die Selbstregulierung des Marktes eine entsprechende Anpassung der Wohn- und Mietpreise herbeiführen würde.

Darüber hinaus sieht die AfD den „bisherigen sozialen Wohnbau als gescheitert“ (AfD 2021, S. 170) an und möchte stattdessen das Wohngeld erhöhen. Zu diesem Zweck unterstützt die Partei punktuell Maßnahmen, die eher einer interventionistisch-sozialen Vorstellung folgen. Dazu zählt der Erlass der Grunderwerbssteuer auf eigens genutztes Wohneigentum – was aus ordo-/neoliberaler Sicht einer Marktverzerrung gleich kommt – und die Bevorzugung von Wohnungsgenossenschaften bei der Vergabe von Wohnbauland. Jedoch werden diese Schritte auch mit ordo-/neoliberalen Argumenten begründet:

„Die AfD steht für ein ausgewogenes Mietrecht und lehnt staatliche Überregulierungen sowie Investitionshemmnisse wie die Mietpreisbremse oder den Mietendeckel ab.“ (AfD 2021, S. 170)

Ein ähnlich ambivalentes Bild findet sich in der aktuellen Gesundheitspolitik, wo beispielsweise die Begrenzung von privaten Trägern im Spitalsbereich auf 60 Prozent gefordert wird. Ebenfalls tritt die AfD für eine besser ausgebaute medizinische Infrastruktur im ländlichen Raum ein, wo durch die Schaffung von Anreizen wie einer „leistungsgerechten Entlohnung“ auch der Zuzug von jungem medizinischen Personal in nicht urbane Regionen gefördert werden soll (AfD 2021). Trotz der wiederkehrenden Verweise auf ökonomische und meritokratische Prinzipien (Anreizlogik und Leistungsgerechtigkeit) als Grundelemente

des Ordo-/Neoliberalismus, wird hier sichtbar, dass vonseiten der AfD in infrastrukturellen Fragen durchaus ein starker Staat als Struktur- und Zielsetzungsorgan gewünscht und gefordert wird, solange ausufernde dirigistische Maßnahmen vermieden werden.

Auch wenn die AfD schon seit ihren Anfängen eine aktive Familienpolitik verfolgt, so wurden vor allem im aktuellen Wahlprogramm konkrete Vorschläge in diesem Bereich artikuliert. Dazu zählen zum Beispiel die Erhöhung des Betreuungsgeldes, eine Lohnsubvention nach der Babypause oder eine staatliche finanzielle Unterstützung bei Familiengründungen (AfD 2021, S. 107 f.). Gleichzeitig werden weiterhin Maßnahmen wie die Indexierung des Kindergelds für im Ausland lebende MigrantInnen verlangt (AfD 2021, S. 107). Die Vorschläge fokussieren insgesamt stark auf die Förderung der Geburtenrate von „deutschen“ Kindern, weswegen die Familienpolitik der Partei weitgehend als wohlfahrtchauvinistische Bevölkerungspolitik bezeichnet werden kann. Die Verflechtung von sozialpolitischen Forderungen mit nativistischen Elementen ist für die AfD eine konventionelle Methode ihre Sozialpolitik zu betreiben.

Auf ähnliche Weise wird auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik gefordert, dass nur qualifizierten MigrantInnen im Besitz oder mit Aussicht auf eine „existenzsichernde Tätigkeit“ Zugang zum Sozialsicherungssystem gewährt sein dürfe (AfD 2021, S. 118). Allerdings finden sich vereinzelt auch interventionistisch-soziale Forderungen. Beispielsweise

wird für LeiharbeiterInnen eine bessere Entlohnung bis hin zu prozentuellen Lohnaufschlägen aufgrund der erhöhten Flexibilität und des größeren Kündigungsrisikos gefordert. Ebenfalls soll die Einbindung, Betreuung und Entlohnung für beeinträchtigte Menschen auf dem Arbeitsmarkt durch staatliche Anreize verbessert werden. Noch deutlicher als im letzten Wahlprogramm wird sich zudem für den Mindestlohn ausgesprochen, was ebenfalls einer interventionistisch-sozialen Vorstellung entspricht und dem ordo-/neoliberalen Narrativ eines von staatlichen Eingriffen freien Marktes zuwiderläuft.

„Der gesetzliche Mindestlohn ist mit dem Wesen der Sozialen Marktwirtschaft eng verbunden. Er korrigiert im Bereich der Entlohnung die Position der Niedriglohnempfänger als schwache Marktteilnehmer gegenüber den Interessen der Arbeitgeber als vergleichsweise starke Marktteilnehmer.“
(AfD 2021, S. 119 f.)

Trotz der Bekennung zu einigen interventionistisch-sozialen Forderungen ist der Leistungsgedanke weiterhin der Kernaspekt der AfD-Programmatik, was vor allem im Bereich der Arbeitsmarktpolitik zutrifft. Dies zeigt sich an der Position der Partei bezüglich der Arbeitslosenversicherung, wo eine Reformierung zur Konzentration von Beitragszahler- bzw. LeistungsempfängerInnen und eine Verschlinkung des bürokratischen Apparats angestrebt wird. Um dies zu erreichen, soll Ar-

beitslosengeld nur noch strikt an vormalig entsprechend berufstätige Personen ausgezahlt und versicherungsfremde Leistungen – wie beispielsweise die Auszahlung von Arbeitslosengeld II (Hartz IV) an Personen, die keinerlei Beiträge geleistet haben – eingespart werden. Entsprechend dieser Voraussetzung sollen LeistungsempfängerInnen nicht mehr mit Sanktionen „gegängelt“, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I entsprechend der Vorbeschäftigungsdauer erhöht und der Freibetrag für Zuverdienste bei Arbeitslosengeld II großzügiger gestaltet werden (AfD 2021, S. 120 f.). Personengruppen mit einem weitgehend stabilen Erwerbsleben könnten entsprechende Ansprüche folglich auch in der Arbeitslosenversicherung geltend machen, während Langzeitarbeitslose oder Menschen mit brüchigerem Erwerbsleben weniger Unterstützung bekämen.

Vergleichbares lässt sich im Rentenkonzept der AfD feststellen, wo ebenfalls eine Verschlinkung und die strikte Beschränkung auf BeitragszahlerInnen verfolgt wird. Neben der strukturellen Reformierung der Altersvorsorge, setzt sich die AfD auch für eine verbesserte Grundrente im Falle eines einkommensschwachen Erwerbslebens ein. Dabei sollen 25 Prozent der Grundrente nicht auf die Alterssicherung angerechnet werden.

„Auf diese Weise wird Altersarmut verhindert oder zumindest deutlich verringert. Während der Erwerbsphase lohnt es sich daher, auch Tätigkeiten mit geringem Ein-

kommen anzunehmen, aus denen sich häufig auch höher bezahlte Beschäftigungsverhältnisse ergeben. Soziale Gerechtigkeit ist ein integraler Bestandteil der AfD-Politik, muss aber immer auch zur Eigenverantwortung anregen.“ (AfD 2021, S. 127 f.)

Unter sozialer Gerechtigkeit versteht die Partei an dieser Stelle die Eigenverantwortung einer sich lohnenden Arbeit nachzugehen und sieht es als Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen für solche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Obwohl einige Maßnahmen – insbesondere der Mindestlohn – interventionistisch-soziale Positionen darstellen, wird von der AfD immer wieder auf die ordo-/neoliberale Vorstellung von (Wirtschafts- und Sozial-) Politik hingewiesen:

„Gute Renten sind künftig nur dann finanzierbar, wenn wir die richtigen haushaltspolitischen Prioritäten setzen. Statt linksgrüner „Weltrettungsprojekte“ braucht es marktwirtschaftliche Freiheit und öffentliche Investitionen in Bildung und Wissenschaft, um über eine prosperierende Wirtschaft auch hohe soziale Standards finanzieren zu können.“ (AfD 2021, S. 126 f.)

Im Vorfeld zu dem im aktuellen Wahlprogramm vertretenen Rentenkonzept der AfD gab es eine Reihe von Vorschlägen, die sich teilweise konträr gegenüberstanden und sich unterschiedlichen Narrativen zuordnen lassen. Die zwei prominentesten Konzepte wur-

Tabelle 5

Das „Thüringer Rentenpapier“ und Jörg Meuthens Rentenkonzept aus dem Jahr 2018

„Die Produktivitätsrente“ (Thüringer Rentenpapier)	„Ansätze zur Entschärfung einer tickenden Zeitbombe“ (Rentenkonzept Jörg Meuthen)
■ Stärkung der gesetzlichen umlagefinanzierten Rente ■ Ablehnung der privaten Vorsorge (Riester-Rente) ■ Einbindung von Beamten und PolitikerInnen in die gesetzliche Rentenversicherung ■ Anhebung des Rentenniveaus (Brutto/vor Steuer) auf 50 Prozent ■ „Staatsbürgerrente“ ab 35 Beitragsjahren – für „deutsche“ GeringverdienerInnen Aufschlag durch „Basisleistung“ und „Staatsbürgerschaftsaufschlag“ ■ Kinderrente für Eltern (wird zusätzlich zur allgemeinen Rente ausgezahlt) ■ Tenor: Nur eine staatliche Rentenversicherung kann Altersarmut verhindern	■ Abkehr vom gesetzlichen beitragsfinanzierten Rentensystem ■ Auslaufen des bisherigen staatlichen Rentensystems ■ Bisherige Ansprüche werden in „fungible“ Staatsanleihen zur freien Verfügung transferiert ■ Steuerfinanzierte staatliche Mindestrente (Existenzsicherungsniveau) ■ Nach 25 Erwerbsjahren wird für jedes dritte Erwerbsjahr ein Prozentpunkt Zuschlag gewährt ■ Zusätzlich müssen Steuern erbracht oder Kinderbetreuung vorgewiesen werden ■ Tenor: Entfall der gesetzlichen Rentenbeiträge führt zu Wirtschaftswachstum und Standort-/Arbeitsplatzsicherung (Wettbewerbsvorteil)
Quelle: (Butterwegge 2019) und (AfD 2018). Eigene Darstellung.	

den einerseits vom Parteivorsitzenden Jörg Meuthen und andererseits vom Thüringer Landtagsabgeordneten Björn Höcke eingebracht (vgl. Tabelle 5).

Der von Höcke angeführte rechtsextreme „Flügel“ der AfD legte mit dem Thüringer Rentenpapier ein Konzept vor, welches interventionistisch-soziale Positionen – wenn auch mit chauvinistischen Zügen – aufwies, wohingegen Meuthens Vorschlag zur Rente

durchweg ordo-/neoliberalen Narrativen folgt. Beide Konzepte standen sich 2018 diametral gegenüber – eine Stärkung der staatlichen Rentenversicherung und eine beinahe vollständige Auflösung der gesetzlichen Rente – wobei der Vorschlag von Meuthen nach einer aufgeheizten parteiinternen Debatte wieder aus der Öffentlichkeit zurückgezogen und das Thüringer Papier weitestgehend in die aktuelle Wahlprogrammatik übernommen wurde.

5 Die wirtschafts- und sozialpolitische Praxis der AfD im Bundestag

Nach der Analyse der sozioökonomischen Narrative in den programmatischen Texten der AfD widmet sich dieses Kapitel der Untersuchung der politischen Praxis der Partei im Bundestag anhand der Analyse von Anträgen und Debattenbeiträgen. Konkret geht es um die inhaltliche Arbeit mit Bezug zu den für unsere Fragestellung relevanten Fachausschüssen (siehe Kapitel 3). Im Folgenden werden die Ergebnisse nach Themengebieten gegliedert. Abschließend vervollständigen wir die Darstellung der konkreten politischen Praxis der AfD im Bundestag mit einer Auswertung des Abstimmungsverhaltens von AfD-Bundestagsabgeordneten bei Anträgen zur Ausgestaltung des Sozialstaates.

5.1 Angebotspolitische Grundausrichtung in der Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik der AfD steht uneingeschränkt auf dem Boden der Marktwirtschaft und marktwirtschaftlicher Regeln und Prinzipien (vgl. exemplarisch Drucksache 19/14684; Holm, 7.5.2020; Hollnagel, 8.6.2018). Staat und Politik kommen im Rahmen der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung, wie sie die AfD versteht, eine relativ eng definierte Aufgabe zu. Ganz dem ordoliberalen Narrativ entsprechend haben sich beide aus Sicht der Partei „einzig und allein auf die Schaffung von guten Rahmenbedingungen für Unternehmen und Unternehmer zu beschränken und sich nicht in das operative Geschäft einzumischen“ (Keuter, 7.5.2020). Die Rahmenbedingungen sollen dafür Sorge tragen, „dass sich unsere

Unternehmer bei uns wohlfühlen, Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen“ (Keuter, 17.1.2019). Eine weiterreichende Einmischung in wirtschaftliche Prozesse und in die Entscheidungen von wirtschaftlichen AkteurlInnen wird strikt abgelehnt. Zur Konkretisierung dieser Rahmenbedingungen, die Wirtschaftswachstum generieren, Arbeitsplätze schaffen und Wohlstand ermöglichen sollen, propagiert die AfD dem ordoliberalen Narrativ folgend zuvorderst eine Reihe von angebotspolitischen Konzepten, welche im Folgenden dargelegt werden.

Zunächst ist aus Sicht der AfD eine geeignete *Wettbewerbspolitik* zu implementieren, die auf der innernationalen und der internationalen Ebene ansetzen soll.

Innernational liegt der Fokus der Partei auf der ordnungspolitischen Implementierung wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen durch den Staat, der sich aus den unmittelbaren Marktprozessen selbst aber herauszuhalten habe. Die Begründung liefert dabei ein zentrales ordoliberalen Narrativ: Märkte liefern die effizientesten Ergebnisse und entfalten ihre Innovationskräfte dann am besten, wenn sie „frei“ sind, der Wettbewerb also nicht durch staatliche Eingriffe verzerrt wird. Folgerichtig werden beispielsweise staatliche Subventionen als Eingriff in den freien Wettbewerb verstanden, von der AfD umfassend abgelehnt und ihr Abbau gefordert. So heißt es: Subventionen „verzerren und behindern [...] den Wettbewerb und die Entfaltung innovativer Kräfte“ (Weidel, 27.11.2019; vgl. auch Boehringer, 12.12.2019 und 2.7.2020). Ergebnis sei die „Fehlallokation

von Kapital“ (ebd.). Marktwirtschaft und Subventionen sind für die AfD ein Widerspruch, denn es sei nicht die Aufgabe des Staates, bestimmte Produkte oder Technologien zu fördern und so erst marktfähig zu machen (vgl. Kotré, 3.7.2018). Tragfähige Innovationen lassen sich aus Sicht der AfD „nicht staatlich erzwingen“ (Drucksache 19/20739). In Abgrenzung zur Wirtschaftspolitik der Großen Koalition wird dieser eine „regelrechte Subventionitis für allerlei Sinnlosprojekte“ diagnostiziert (Holm, 1.10.2020), welche neben dem Hervorbringen von Marktverzerrungen und der Ermöglichung von „Renditen [...] künstlicher Natur“ (Drucksache 19/14684) auch die Bürokratie ausufern lasse (Müller 10.9.2019). Durch Subventionen würden zudem viele unwirtschaftliche Güter und Projekte „künstlich am Leben erhalten“ (Hollnagel, 11.10.2018). Von der AfD häufig genannte und kritisierte Beispiele sind Subventionen für erneuerbare Energien (vgl. Drucksache 19/25024; Hollnagel, 29.11.2018) und die „planwirtschaftliche Privilegierung“ von Elektromobilität zu Lasten des Verbrennungsmotors (Spaniel, 22.2.2019; vgl. auch Münz 17.5.2018; Kotré, 8.12.2020). Rhetorisch wird die Förderung der Elektromobilität zugleich mit der internationalen Ebene verknüpft, indem sie nationalistisch als „Subventionen gegen Deutschland“ gerahmt werden, als „geradezu asozial gegenüber Millionen deutschen Arbeitnehmern, die demnächst ihre Entlassungen aus ideologischen Gründen erleiden werden“ (Boehringer, 2.10.2020). Aus Sicht der Partei gefährden diese Subventionen durch potentiell negative Auswirkungen auf den

deutschen Industriestandort letztlich Arbeitsplätze und Wohlstand (vgl. Münz, 22.11.2018; Weidel, 27.11.2019; Boehringer 11.12.2020).

Der deutsche Wirtschafts- und Finanzstandort und dessen *internationale* Wettbewerbsfähigkeit stellen die zweite Dimension der Wettbewerbspolitik dar. Nationale Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Kontext gilt der AfD als essentiell, um den Wohlstand Deutschlands zu sichern. Es wird auch hier auf dem Boden des ordo-/neoliberalen Narrativs argumentiert. Gemäß der Rhetorik der AfD ist der Wirtschaftsstandort Deutschland gegenwärtig gefährdet, etwa durch die bereits erwähnten „planwirtschaftlichen“ Methoden der Energiewende (vgl. Drucksache 19/24976; Münz, 17.5.2018). Diese bedingt in den Augen der Partei im europäischen Vergleich sehr hohe Strompreise für Privathaushalte und Unternehmen, was insbesondere energieintensive Unternehmen gegenüber ihrer internationalen Konkurrenz benachteilige (vgl. Drucksache 19/25024). Mehrere Anträge illustrieren, dass für die AfD steuerliche Maßnahmen der zentrale Hebel zur Herstellung bzw. zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zum Abbau wahrgenommener Benachteiligungen sind. So sollen unter anderem die sogenannte Urlaubssteuer für deutsche Reiseveranstalter (Drucksache 19/2989) und die Luftverkehrssteuer als Wettbewerbsnachteil für deutsche Luftfahrtunternehmen und deutsche Flughäfen (Drucksache 19/15180) abgeschafft werden. Als Begründung führt die Partei an, dass diese Maßnahmen Arbeitsplätze sichern würden und ein exportorientiertes Land wie

Deutschland auf wettbewerbsfähigen Luftverkehr angewiesen sei. Zwei weitere Anträge fordern eine Reform der Einfuhrumsatzsteuer zur Stärkung der deutschen Importwirtschaft (Drucksache 19/18971), insbesondere der deutschen Seehäfen (Drucksache 19/10173). Auch hier wird wieder mit einem Wettbewerbsnachteil für Deutschland und die deutschen Häfen unter dem gegebenen Regelwerk argumentiert. Die Einfuhrumsatzsteuer soll ähnlich zu anderen EU-Staaten nicht wie bisher bereits bei der Wareneinfuhr, sondern erst im Rahmen der Umsatzsteuer-Voranmeldung verrechnet werden. Diese Vorgehensweise bindet weniger Liquidität bei den importierenden Unternehmen, senkt dadurch deren Kosten und baut zugleich auch Bürokratie ab (vgl. Baumann, 17.5.2019). Als potentiell schädlich für den Standort Deutschland wurden von Abgeordneten der Partei im Plenum des Bundestages auch die Finanztransaktionssteuer (vgl. Gminder, 28.09.2018; Hollnagel, 9.11.2018) und die CO₂-Steuer (vgl. Hollnagel, 25.10.2019) dargestellt. Darüber hinaus wird der Wirtschaftsstandort in den Augen der AfD durch hohe Steuern auf die „Leistungsträger unserer Gesellschaft“ geschwächt, ein Argument, welches für die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags vorgebracht wird (Keuter, 24.12.2019). Durchgängig kohärent stellt sich die Partei hinsichtlich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit jedoch nicht dar: Einerseits wird auch anderen Staaten nahegelegt, ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen (vgl. Boehringer, 14.5.2020). Zugleich werden bestimmte Praktiken des Steuerwettbewerbs

durch andere EU-Mitgliedsstaaten kritisch bewertet. Explizit genannt werden beispielsweise Patentboxen oder sogenannte Steuer-rulings – Vereinbarungen zwischen international agierenden Unternehmen und nationalen Steuerbehörden –, Praktiken also, welche in der deutschen Steuerlandschaft keine Entsprechung haben (vgl. Glaser, 8.10.2020).

Ein weiteres Element angebotsorientierter Politik, welches mit dem ordo-/neoliberalen Narrativ korrespondiert, spiegelt sich in der umfassenden Kritik der AfD an überzogenen Vorschriften und Auflagen, an überbordender *Bürokratie*, wieder. Diese, so wird regelmäßig argumentiert, stelle nicht nur eine Bevormundung von BürgerInnen und Unternehmen, eine „staatliche Gängelung“ (Drucksache 19/22426) dar, sondern habe ganz praktisch negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft (vgl. Wiehle, 17.10.2019; Wildberg, 25.10.2019). Durch Dieselfahrverbote und willkürliche Abgasgrenzwerte werde „auf unverantwortliche Weise die Axt an unsere Automobilindustrie gelegt und ein wesentlicher Teil unserer Volkswirtschaft beeinträchtigt“ (Münz, 13.9.2018). Unterschiedlichste Vorschriften und Auflagen, beispielsweise im Umwelt- und Energiebereich und im Bau- wie im Finanzsektor, gelte es wieder zurückzunehmen. Insbesondere der Mittelstand, „das Rückgrat unserer deutschen Wirtschaft“ (Münzenmaier, 29.6.2018), werde mit Bürokratie überhäuft (vgl. Münz, 22.11.2018). Gebot der Stunde sei es daher „Deregulierungen voranzutreiben, damit sinnvolle Investitionen nicht an der eigenen Bürokratie scheitern“ (Drucksache 19/16860). Damit greift die AfD

ein zentrales Grundprinzip des Ordo-/Neoliberalismus auf (vgl. Tabelle 2): Durch Deregulierungen und Entbürokratisierung soll individuelle und unternehmerische Freiheit gestärkt und wirtschaftliche Aktivität stimuliert werden.

Ein besonders wichtiger und effektiver Hebel zur Schaffung wirtschaftlicher Prosperität stellt aus Sicht der AfD die *Steuerpolitik* dar. Auf allgemeiner Ebene sieht die Partei in Deutschland – dem neoliberalen Narrativ folgend – einen „unersättliche[n] Steuerstaat“ (Weidel, 27.11.2019) am Werk. Schließlich weise Deutschland eine der höchsten Steuer- und Abgabenquoten in der OECD auf (vgl. Drucksache 19/18727). Verantwortlich dafür ist aus Sicht der AfD die unermessliche „Gier nach Steuern“ der „dreisten Steuerdiebe“ der Großen Koalition (Gottschalk, 24.10.2019), mit der Konsequenz, dass „[d]er Normalbürger [...] klar zur Melkkuh der Nation geworden“ sei (Holm, 13.12.2017). Diese Umstände werden von Seiten der AfD in mehrerlei Hinsicht problematisiert. Erstens haben hohe Steuern einen negativen Effekt auf die Wirtschaft und bremsen diese: „Deswegen gilt bei Steuern generell: Weniger ist mehr“ (Kleinwächter, 22.3.2018). Es bedürfe folglich einer spürbaren Steuerentlastung für die Bevölkerung, damit „nachhaltiges Wachstum im eigentlichen, marktwirtschaftlichen Sinne gelingen“ kann (Drucksache 19/20739). Zweitens bedeuten Steuern für die AfD generell Bevormundung und stehen somit den Freiheiten der BürgerInnen entgegen (Hollnagel, 9.11.2018). Daher seien die Steuergelder wieder zurückzugeben, schließlich wissen „[d]ie Menschen [...] selbst

am besten, die Mittel wirksam zu verwenden“ (Gottschalk, 11.10.2018) – eine klassisch neoliberale Sichtweise. Drittens habe der deutsche Staat „kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem“ (Glaser, 18.1.2018). Und viertens bedeutet die Einhebung von Steuern immer einen administrativen Aufwand, sie geht also mit zu hoher Bürokratie einher.

Mit ihren steuerpolitischen Vorschlägen verfolgt die AfD nach eigener Aussage das Ziel, die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen und deutsche Arbeitsplätze und den deutschen Wohlstand zu sichern. Hierfür wird an mehreren Ebenen angesetzt, wobei durchgängig ordo-/neoliberalen Prinzipien gefolgt wird: Erstens soll, wie oben bereits ausgeführt, über die Steuerpolitik die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standort Deutschlands garantiert werden. Zweitens sollen über Steuersenkungen die verfügbaren Einkommen der Haushalte gesteigert werden, ihnen soll mehr Netto vom Brutto bleiben. In diesem Zusammenhang setzt sich die AfD-Fraktion im Bundestag mit ihren Anträgen vor allem für zwei konkrete Reformen ein: Die (vollständige) Abschaffung des Solidaritätszuschlags (vgl. Drucksache 19/1179 und 19/4898) sowie die Abschaffung der kalten Progression (vgl. Drucksache 19/1844, 19/7718 und 19/25304) – letztere bezeichnet den Umstand, dass bei steigendem Einkommen und gleichzeitig unveränderten Einkommenssteuertarifen die steuerliche Belastung mit der Zeit ansteigt, ohne dass die Steuern nominell erhöht werden. Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags wird zwar vorwiegend rechtlich argumentiert, die AfD betont jedoch, dass es sich auch ökonomisch

misch um „eine echte steuerliche Entlastung“ handle (Gottschalk, 14.11.2019), welche angesichts der Corona-Pandemie die wirtschaftlichen Folgen für BürgerInnen und Unternehmen abmildern würde (Drucksache 19/18727).⁴ Die Abschaffung der kalten Progression als „schleichende Steuererhöhung“ (Drucksache 19/25304) soll durch eine Indexierung, das heißt durch die Implementierung einer bindenden Regel zur automatisierten jährlichen Anhebung der steuerlichen Tarifstufen, den von der AfD sogenannten Tarif auf Rädern, erfolgen. Drittens sollen die Preise durch die Reduktion oder Abschaffung unterschiedlicher Steuern gesenkt und somit die reale Kaufkraft der BürgerInnen gesteigert werden. Vor allem Einkommensschwache und Familien mit Kindern würden von diesen „sozial gerechten“ Maßnahmen profitieren. Konkret beantragte die AfD-Fraktion die Heranziehung des reduzierten Umsatzsteuersatzes auf Güter und Dienstleistungen des Kinderbedarfs (vgl. Drucksache 19/8560 und 19/24656). Auch die oben bereits angeführte Abschaffung der „Urlaubssteuer“ (vgl. Drucksache 19/2989) sowie die Reduktion der Stromsteuer (vgl. Drucksache 19/25024) werden auf diese Weise gerahmt. Von der Abschaffung der Grundsteuer profitieren laut AfD wiederum die MieterInnen durch sinkende Mietkosten (vgl. Drucksache 19/8556; Gottschalk, 27.6.2019). Als vierter Punkt sollen über Steuererleichterungen auch Anreize für Investitionen in Forschung und Entwicklung

(FuE) gesetzt werden. Im Antrag „Für ein innovationsfreundliches Steuersystem – Steuerliche Forschungs- und Entwicklungsförderung einführen“ (Drucksache 19/4844) heißt es begründend: „Eine gezielte steuerliche FuE-Förderung wird so zum Innovationsmotor für die Wirtschaft im Rahmen von Innovationsclustern und hilft großen und kleinen Unternehmen gleichermaßen, sich an die Spitze der Entwicklung von Höchsttechnologien zu stellen.“ Über steuerliche Anreize sollen wirtschaftliche Innovationen angestoßen und somit der deutsche Wohlstand gesichert werden. Finanziert werden sollen die geschilderten steuerpolitischen Maßnahmen hauptsächlich über ausgabenseitige Einsparungen, speziell durch den Abbau von Subventionen.

5.2 Interventionistische Ansätze nur im Krisenfall

Für den Erhalt des deutschen Wohlstandsmodells ist es aus Sicht der AfD nötig, die *Investitionen* zu steigern und den gegebenen Investitionsstau abzubauen. Die öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur, in Bildung und Forschung sollen erhöht werden (ohne allerdings die Staatsschulden zu erhöhen), da es sich hierbei um Investitionen in die Zukunft handle, die von erheblicher Bedeutung für eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsperspektive und für den Erhalt des gesellschaftlichen Wohlstands sind (Drucksache 19/16860). Diese

⁴ Unerwähnt bleibt in diesem Zusammenhang, dass die Steuer bereits heute nur noch von Wohlhabenden gezahlt wird (MDR 2021).

Argumentation spiegelt grundsätzlich das interventionistisch-soziale Narrativ wider, widerspricht zugleich aber nicht unbedingt dem ordo-/neoliberalen Narrativ. Auch für letzteres sind öffentliche Ausgaben in bestimmten Bereichen geboten, sofern diese Innovationen und privates unternehmerisches Wirken fördern und unterstützen. Zudem betont die AfD, dass die öffentlichen Investitionen weder die privaten Investitionen verdrängen noch die Staatsschulden steigern sollen (ebd.).

Insgesamt argumentiert die Partei dafür, die staatlichen Ausgaben zu reduzieren, um den *deutschen Staatshaushalt* aus ihrer Sicht (wieder) auf solide Füße zu stellen. Rhetorisch wird auf das Bild der sparsamen schwäbischen Hausfrau zurückgegriffen (vgl. Gottschalk, 15.3.2020). Ziel sei es, auf Basis von Einsparungen und Kostenwahrheit eine ehrliche schwarze Null zu realisieren (vgl. Hollnagel, 13.12.2019) sowie die Staatsverschuldung zurückzubauen, auch um im Sinne einer nachhaltigen, antizyklischen Wirtschaftspolitik für wirtschaftlich schwerere Zeiten vorzusorgen („Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“, Gottschalk, 15.3.2018). In den Augen der AfD bieten sich viele Einsparungsmöglichkeiten, da Staat und Regierung in vielen Bereichen durch „Misswirtschaft“ (Weyel, 15.5.2018), „Klientelpolitik“ (Gottschalk, 11.10.2018), teure Wahlgeschenke und ein Vorgehen mit der Gießkanne Steuermittel verschwenden und versickern lassen würden (vgl. Keuter, 4.4.2019; Gottschalk, 11.10.2018). Die deutschen Beitragszahlungen zum EU-Haushalt stellen aus Sicht der Partei weiteres Einsparungspotential dar

(vgl. Drucksache 19/25026). Zudem wird für den Erhalt der Schuldenbremse argumentiert und jedwede weitere Verschuldung grundsätzlich abgelehnt.

Zusammengefasst verfolgt die AfD wirtschaftspolitisch eine ausgeprägt angebotsorientierte und somit ordo-/neoliberale Linie. Einer aktiven staatlichen Konjunktur- und Fiskalpolitik steht die AfD während ökonomisch guter Zeiten relativ reserviert gegenüber (mit Ausnahme der zukunftsgerichteten Investitionen). In konjunkturell schlechten Zeiten folgt die Partei jedoch dem interventionistisch-sozialen Narrativ, dass der Staat antizyklisch einzugreifen und drohenden negativen ökonomischen Effekten mithilfe nachfrageseitiger Impulse entgegenzuwirken habe. Durch diese Maßnahmen müsse „der Konsum durch Privathaushalte und die Investitionen durch Unternehmen“ stabilisiert werden, „um so ein allzu tiefes Abrutschen in eine Rezession zu verhindern“ (Drucksache 19/25024). Zur Finanzierung nachfrageseitiger konjunktureller Impulse ist für die AfD ausnahmsweise die Aufnahme von Schulden durch den Staat (sogenanntes deficit spending) denkbar und legitim (vgl. Hollnagel, 13.12.2019). Eine solche Ausnahmesituation liegt aus Sicht der Partei beispielsweise mit der gegenwärtigen Corona-Pandemie vor, die durch Schulden finanzierte staatliche Eingriffe zur gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung erforderlich mache. Allerdings betont die AfD in ihren Anträgen und Reden vorwiegend die steuerpolitische Seite im Kampf gegen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise, nicht die Seite der Staatsausgaben. Die Konjunktur soll

primär über steuerpolitische Maßnahmen stabilisiert und der Konsum angekurbelt werden, beispielsweise durch die Steuerfreistellung von Sofortzuschüssen an existenzgefährdete Kleinunternehmen (vgl. Drucksache 19/20071).

5.3 Nationalistisch-neoliberale Kritik an Euro und EZB

Die Kritik an den Institutionen, Politiken und führenden RepräsentantInnen – beispielsweise am französischen Präsidenten Macron oder an „EU-Chefplanwirtin“ (Boehringer, 12.12.2019) von der Leyen – der Europäischen Union, insbesondere an der Europäischen Währungsunion und der Geldpolitik der EZB, ist in den Anträgen und Reden der AfD-Fraktion durchgängig präsent. Es wird kein Zweifel daran gelassen, dass die Europäische Währungsunion bzw. der Euro eine auf Lügen und Regelbrüchen basierende „Fehlkonstruktion“ darstellt, ein gescheitertes Experiment (vgl. Drucksache 19/6418; Boehringer, 28.10.2018; Weidel, 11.9.2019). Eine sinnvolle Euro-Rettungspolitik ist unter solchen Rahmenbedingungen aus Sicht der AfD nicht möglich. Ziel müsse folglich sein, „die Euro-Rettung zu beenden und den Euro wieder marktwirtschaftlichen Kräften zu überlassen, dann wäre viel erreicht“ (Boehringer, 13.12.2017). Deutschland profitiert in den Augen der Partei schon lange nicht mehr vom Euro und sollte das europäische Währungssystem verlassen (ebd.). Die Einheitswährung Euro könne letztlich nur funktionieren, wenn es zu Vereinheitlichungen weiterer Politikfelder komme, was allerdings mit Souveränitätsver-

lusten Deutschlands einhergehe und daher abgelehnt wird (vgl. Keuter, 31.1.2018). Für andere EU-Staaten wird ein Euro-Austritt ebenfalls als gangbarer Weg zur Wiedererlangung wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit gesehen (vgl. Drucksache 19/18725). Es zeigt sich somit, dass der Blick der AfD auf die Währungsunion durch ein ordo-/neoliberales Narrativ geprägt ist und mit einem nationalistischen Narrativ verbunden wird.

Auf ähnliche Weise wird die Europäische Bankenunion, bei welcher es sich aus Sicht der Partei um „ein künstliches politisches und ökonomisches Konstrukt“ handelt (Hollnagel, 8.6.2018), bewertet. Zwei inhaltliche Anträge der AfD-Fraktion widmen sich dieser Thematik (vgl. Drucksache 19/2573 und 19/6418). Insbesondere die Vergemeinschaftung der Einlagensicherung, ein wichtiger Bestandteil der Bankenunion, wird abgelehnt. Stattdessen sollen die nationalen Sicherungssysteme erhalten bleiben und die Bankenaufsicht, die gegenwärtig von der EZB verantwortet wird, wieder in nationale Verantwortung übertragen werden. Die AfD tritt dafür ein, keine Steuergelder mehr für Bankenrettungen heranzuziehen und unterstellt den momentanen Regelungen genau dies zu fördern. Für systemrelevante Banken gäbe es Verlockungen, nicht marktgerechte Risiken einzugehen. Konkret heißt es:

„Solange das Prinzip der Systemrelevanz fortbesteht, ist die Politik offensichtlich vom Finanzsektor erpressbar und sind die Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft nicht gewahrt. Ein wesentliches Prinzip der

sozialen Marktwirtschaft ist die Verhinderung marktbeherrschender Stellungen von Unternehmen, sei es durch Bildung von Monopolen oder auch von Oligopolen.“

(Drucksache 19/2573).

Damit greift die Partei ein spezifisch ordo- und weniger ein neoliberales Narrativ auf: Der Staat soll sich als Wettbewerbshüter primär um faire Rahmenbedingungen kümmern – aber durchaus auch eingreifen, wenn Monopole den Wettbewerb behindern.

Unter besonderer Kritik der AfD steht die Geld- und Zinspolitik der EZB. In wechselnden Varianten ist in diesem Kontext immer wieder abwertend von der „Voodoo-Ökonomie der EZB-Nullzinspolitik“ (Boehringer, 14.5.2020), einer „EZB-Zinsplanwirtschaft“ (ebd.), einer „EZB-Zinsdiktatur“ (Hollnagel, 5.11.2020) oder einer „Geldschwemme durch die EZB“ (Münz, 10.9.2019) die Rede. Sowohl die Niedrigzinspolitik als auch die Anleihekaufprogramme werden – dem ordo- und neoliberalen Prinzip folgend – durchgehend abgelehnt. Zwar sieht die AfD auch positive Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung, jedoch überwiegen die Nachteile durch diesen „künstlichen Markteingriff“ (Münz, 22.11.2018) aus ihrer Sicht deutlich. Einerseits handle es sich bei den Anleihekäufen durch die EZB faktisch um eine verbotene monetäre Staatsfinanzierung, durch die es zu einer „permanenten Manipulation der Staatsanleihenmärkte“ (Boehringer, 2.7.2020) komme, was zur Folge hätte, dass die Zinsen die Risiken vieler Staatsanleihen nicht mehr adäquat abbilden. Anderer-

seits bedingen die durch die EZB induzierten Niedrigzinsen Kapitalfehllenkungen und eine „Wachstumsillusion“ (Boehringer, 13.12.2017). Die Zombifizierung der Wirtschaft – an sich unrentable Unternehmen können aufgrund des leichten Zugangs zu günstigen Krediten bis auf Weiteres bestehen – sowie die Bildung von Vermögensblasen, vor allem im Immobilienbereich, werden gefördert. Der Bankensektor sei hingegen negativ betroffen, da die niedrigen Zinsen den Banken die Geschäftsgrundlage entziehen und zugleich Anreize für riskantere Finanzgeschäfte setzen. Sehr häufig greift die AfD zudem auf das Argument zurück, dass die Niedrigzinsen eine Enteignung der deutschen SparerInnen darstellen – da die Inflationsrate die nominalen Sparzinsen übersteige – und auch entsprechend negative Effekte auf die private Altersvorsorge zeitigen.

5.4 Handelspolitik und ökonomischer Nationalismus auf dem Weltmarkt

Die Ausrichtung der AfD auf dem Feld der Handelspolitik kann oftmals als „ökonomischer Nationalismus“ bezeichnet werden. Unter dem Begriff des ökonomischen Nationalismus fasst die vorliegende Studie die Vermischung dreier Narrative zusammen. Ersteres und vorgelagertes Narrativ ist der mit dem populistisch-rechtsradikalen Narrativ korrespondierende Nationalismus. Darauf folgt, zweitens, mit dem Protektionismus ein dem interventionistisch-sozialen Narrativ zuzurechnende ideologische Positionierung, sowie, drittens, grundlegende ordo-/neoliberale Ansichten zur Sicherung

von Wettbewerbsvorteilen. Diese Sichtweise drückt sich dadurch aus, dass ausschließlich die Interessen Deutschlands im Fokus stehen und Konsequenzen für andere Länder weitgehend ausgeblendet werden. Dabei werden zum Schutz der eigenen Wirtschaft auch Beschränkungen und protektionistische Maßnahmen ergriffen bzw. befürwortet, wohingegen vergleichbares Vorgehen von anderen MarktteilnehmerInnen verurteilt wird. In diesem Sinne soll der ökonomische Vorteil Deutschlands unter allen Umständen vor „störenden“ externen Einflüssen – wie EU, Großunternehmen oder anderen Wirtschaftsmächten – geschützt und gesichert werden. Diese Positionierung der AfD lässt sich in nahezu allen Politikbereichen feststellen und wird umso deutlicher, je größer eine Schnittstelle zur Internationalität bzw. Globalisierung besteht.

Handelspolitisch spricht sich die AfD grundsätzlich klar für Freihandel, möglichst geringe Zutrittsbarrieren zum Weltmarkt und gegen Zölle sowie Quoten aus:

„Freier Handel zeichnet sich dadurch aus, dass er nicht behindert wird, weder durch Zölle noch durch Quoten und auch nicht durch nichttarifäre bürokratische Hemmnisse – das ist die Definition von freiem Handel, wogegen die ermöglichte Ausplünderung von Staaten, Steuerzahlern und Unternehmern durch einen überzogenen

Investitionsschutz mit freiem Handel nichts zu tun hat.“ (Müller, 14.06.2018)

Dabei schreibt die Partei jegliche Wohlstandsmehrung sowohl für Industrie- wie auch Entwicklungsstaaten positiv wirkenden Marktmechanismen eines freien internationalen Marktes zu⁵.

Während die AfD in dieser Hinsicht also auf klassische ordo-/neoliberale Narrative zurückgreift, stellt ihre bereits erwähnte Ablehnung von Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA zunächst einen Widerspruch zu dieser grundsätzlichen Haltung dar. Allerdings werden besagte Abkommen über die EU abgehandelt, wodurch die Verträge nicht explizit zum alleinigen Vorteil Deutschlands konzipiert sind. Es steht zu vermuten, dass die grundsätzlich neoliberale Einstellung gegenüber dem Weltmarkt an dieser Stelle durch sowohl das populistische Narrativ – das (deutsche) Volk gegen die (europäischen) Eliten bzw. die „Eurokraten“ (Hebner, 07.06.2019) in Brüssel – als auch das nationalistische Narrativ – Deutschland darf (ökonomisch) nicht benachteiligt werden – überlagert wird. Auch viele bilaterale Handelsabkommen zwischen Deutschland und anderen Staaten werden kritisiert und in der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Form abgelehnt. Als Argument wird allerdings meist die fehlerhafte Ausgestaltung dieser Verträge ins Feld geführt, die eben keinen echten

⁵ In diesem Kontext sind auch Waffenexporte, welche keinen unbeträchtlichen Teil der deutschen Exporte ausmachen, weitgehend legitimiert und laut AfD ein wichtiger Teil der deutschen Staatseinnahmen (vgl. Lucassen, 05.04.2019 und Frohnmaier, 13.02.2020).

Freihandel ermöglichen würden und deswegen nicht als sinnvoll, sondern als möglicherweise nachteilig für Deutschland angesehen werden.

Auch in den Debatten über Freihandel in diversen Politikbereichen wird eine durchweg nationale Perspektive eingenommen, welche eindeutig die Interessen der deutschen Wirtschaft über die Interessen anderer Staaten oder MarktteilnehmerInnen stellt (vgl. Komning, 31.01.2019 und Drucksache 19/20167). Obwohl sich die AfD handelspolitisch – wie auch allgemein – gegen wettbewerbsverzerrende Maßnahmen (zum Beispiel Subventionen) positioniert, wird regelmäßig gefordert, dass über staatlich induzierte Investitionen deutsche Unternehmen, deutsches Know-How und weitere deutsche Wirtschaftsinteressen auf dem internationalen Markt gesichert bzw. wettbewerbsfähig gehalten werden (vgl. Kotré, 8.11.2018 und Komning, 14.03.2019).

Durch die Coronakrise trat dieser ökonomische Nationalismus noch deutlicher hervor. Für einige Bereiche, insbesondere für den Lebensmittel- und Agrarsektor, wird vehement ein Schutz vor dem internationalen Markt sowie ein Ende der Abhängigkeit von langen Lieferketten und Großkonzernen gefordert (vgl. Gminder und Gottberg, 17.01.2020). Zwei Anträge der Partei widmen sich dieser Thematik und fordern, ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten nicht zu unterzeichnen, um einen Anstieg des Wettbewerbsdruck auf die heimische Agrarwirtschaft zu unterbinden (vgl. Drucksache 19/16489). Zudem wird von auf dem Weltmarkt vorherr-

schen Wettbewerbsverzerrungen gesprochen sowie davon, den Ausverkauf deutscher Unternehmen verhindern zu wollen (vgl. Drucksache 19/20167). In beiden Anträgen sieht die AfD international tätige Großunternehmen als Problem, denen sie neben Steuervermeidung auch vorwirft, immer mehr deutsche Unternehmen aufzukaufen und ins Ausland zu verlagern. Dadurch drohe, so die Partei, ein Technologieabfluss und letztlich eine Abhängigkeit – von Großkonzernen oder auch anderen Industriestaaten –, die eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands verunmögliche (vgl. Kotré, 08.11.2018 und 11.04.2019). Konträr zur oben (und später) genannten Position gegenüber dem Freihandel wird in einem Antrag wie folgt Stellung bezogen:

„Die bisher vorherrschende naive Sicht, dass der Staat sich komplett aus einem ganz von selbst funktionierenden Verkäufer- und Käufermarkt für deutsche Unternehmen heraushalten sollte, ist nicht mehr zeitgemäß.“ (Drucksache 19/20167)

Angesichts der Coronakrise wird in einem weiteren Antrag auch von einer Renationalisierung systemrelevanter Produkte und Produktionsketten gesprochen, um den „Big Players“ auf dem internationalen Markt entgegenzuwirken. Konkrete Vorschläge zur Umsetzung macht die Partei bisher jedoch nicht, stattdessen versichert die AfD immer wieder, dass sie ausdrücklich für uneingeschränkten Freihandel stehe (vgl. Drucksache 19/20680). Diese

widersprüchlichen Aussagen zum Freihandel in unterschiedlichen Anträgen zur Handelspolitik lassen sich möglicherweise auf folgende Weise erklären: Trotz des grundlegenden neoliberalen Marktverständnisses, wo volles Vertrauen in effiziente Marktmechanismen gesetzt wird, kommt es durch die nationale Sichtweise zu einem „Marktversagen“, wenn die deutsche Wirtschaft oder einzelne Branche benachteiligt oder bedroht werden. Hier lassen sich einige Parallelen zur Wirtschaftspolitik Trumps feststellen, die von der AfD teils auch explizit argumentativ aufgegriffen und durch den Slogan „Germany first“ (Müller, 23.04.2020) untermauert wird.

5.5 Marktkonforme Energiepolitik

Energiepolitik ist für die AfD ein zentrales Anliegen und kommt daher recht prominent in ihren Anträgen und Redebeiträgen zu Plenardiskussionen vor. In diesem Rahmen ist das EEG (Erneuerbaren-Energie-Gesetz), welches von der Partei als ökonomische Fehlkonstruktion angesehen wird, ein zentraler Kritikpunkt. Die Argumentation gegen das Gesetz wird in verschiedenen Anträgen und Forderungen mit ähnlichen Formulierungen wiederholt. Ganz grundlegend wird der erneuerbaren Stromproduktion dabei die Sinnhaftigkeit abgesprochen, da die Nutzung entsprechender Energiequellen laut AfD – über die Lebenszeit der Technik gerechnet – mehr Umweltschäden bei geringerer Energieausbeute erzeuge als dies bei konventioneller Energieproduktion der Fall

ist. Darüber hinaus kommt das Kosten-Nutzen Argument zum Einsatz, welches sich direkt mit nationalen Wirtschaftsinteressen (etwa der Automobilindustrie) verbinden lässt. Demnach ist eine nachhaltige Energiewende aus ökonomischen Gesichtspunkten nicht zu verantworten, da sie internationale Wettbewerbsnachteile für den deutschen Energiesektor nach sich ziehe. Stattdessen wird von der AfD die Notwendigkeit zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland betont (vgl. Holm, 08.05.2018 und Kotré, 30.11.2018). Innerhalb dieser Sichtweise kann die Partei schließlich auch Werturteile als Begründung gegen das EEG anführen. So ist beispielsweise

„in jedem Fall der Gefahr durch Verarmung und wirtschaftlichen Verfall deutlich höhere Priorität einzuräumen als irgendeiner Klima-Fiktion“ (Drucksache 19/22451).

Dem Energiesektor selbst wird ein immenser Verlust an Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Markt durch eben jene Politik zugeschrieben (vgl. Komning, 31.01.2019 und Drucksache 19/16854). Die Folge seien eine Abhängigkeit von ausländischen EnergielieferantInnen, welche Deutschland mit „unsauberer“ Energie beliefern, wodurch letztlich ein Outsourcing hinsichtlich des CO₂-Ausstoßes und der Umweltschäden betrieben werde (vgl. Kotré, 11.04.2019). In dieser Logik sollen sich „tragfähige“ Energietechnologien auf dem Energiemarkt, ohne staatliche Einmischung in Form von Subventionen oder Quoten, durchset-

zen. Neben dem zukünftig steigenden Energiebedarf werden vor allem die Nachteile für den deutschen Mittelstand und allgemein private Haushalte hervorgehoben. Auf der Mikroebene wird ebenfalls eine explizit ökonomisch-kalkulierende Perspektive eingenommen, die monetäre Nachteile – wie erhöhte Baukosten, Mietpreissteigerungen oder Umbaukosten – in den Fokus rückt und sozial-ökologischen Forderungen nach einer Energiewende keine Beachtung schenkt (vgl. Drucksache 19/16854 und 19/17523).

„Insbesondere in den Ballungsräumen sind den Menschen weitere Erhöhungen, die auf die Erfüllung irrational überhöhter Standards im energetischen Bereich zurückgehen, nicht mehr zuzumuten.“

(Drucksache 19/17523)

Als einen Gegenvorschlag schlägt die AfD vor, Emissionszertifikate aufzukaufen, diese dem CO₂-Markt zu entziehen und den Emissionshandel für deutsche Unternehmen damit zu verringern:

„Es ist offensichtlich, dass aus volkswirtschaftlicher Sicht deutlich kosteneffizientere politische Instrumente zur CO₂-Vermeidung vorhanden sind und die Bundesregierung diese bewusst nicht wirken lassen will. Der Europäische Emissionshandel würde es beispielsweise erlauben, Zertifikate zu kaufen, diese stillzulegen und damit dem Markt dauerhaft zu entziehen.“

(Drucksache 19/7720)

Neben einer Senkung der verfügbaren Zertifikate und der Konsequenzen für das CO₂-Volumen würde dieser Vorschlag interventionistisch wirken und steht der sonst klar ordoliberalen Positionierung im Energie- und Umweltbereich entgegen. Abseits davon liegt die Lösung der CO₂-Thematik für die AfD bei den gängigen heimischen EnergielieferantInnen, die im Bereich Kohle und Kernkraft angesiedelt sind. Deren Technologien hätten sich bereits auf dem Markt durchgesetzt und weisen aus Sicht der Partei Verbesserungspotential hinsichtlich ihrer Folgen für das Klima auf, weswegen eine zukunftsfähige und unabhängige Energieversorgung für Deutschland auf diese Technologien setzen sollte. Durch staatliche Investitionsanreize könnten erwünschte technische Entwicklungen gefördert und auf interventionistische Maßnahmen verzichtet werden (vgl. Drucksache 19/20679). Durch die weitgehend klare Positionierung zu einer angebots- und wettbewerbsorientierten Energiepolitik zeigt sich eine eindeutig ordo-/neoliberale Grundeinstellung. Unerwünschte staatliche Interventionen in die Wirtschaft werden darüber hinaus pauschal als „planwirtschaftlich“ und als „das Ende der sozialen Marktwirtschaft“ bezeichnet:

„Das EEG ist ein planwirtschaftlicher Fremdkörper in der sozialen Marktwirtschaft, der zu massiven Fehlallokationen, Preissteigerungen sowie zu einer volatilen Stromproduktion („Zappelstrom“) führt, die sich nicht am Bedarf orientiert.“

(Drucksache 19/10626)

5.6 Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat im Schatten der Wirtschaftspolitik

Die AfD bezieht sich in den analysierten Anträgen und Debattenbeiträgen überwiegend wohlwollend auf den Wohlfahrtsstaat. Nicht selten wird von dessen Stärkung gesprochen, wobei oftmals zugleich betont wird, dass nur eine prosperierende Wirtschaft die Voraussetzung für sozialstaatliche Leistungen sein könne.

„Schlechte Wirtschaftspolitik ist eben auch schlechte Sozialpolitik, und sie trifft zuerst immer die Normalbürger, die arbeiten und Steuern zahlen.“ (Weidel, 21.10.2018)

Dieser ordoliberalen Grundkonzeption folgend sind aus Sicht der AfD Steuersenkungen sowie eine generelle Reduktion von Abgaben die sinnvollste Sozialpolitik. Als sozialpolitische Maßnahme sieht die Partei beispielsweise auch verbesserte Möglichkeiten zur Vermögens- und Eigentumsbildung an, die durch die Abschaffung von Grunderwerbs-, CO₂- und Stromsteuer leichter fallen soll (vgl. Gottschalk, 27.06.2019 und Drucksache 19/22426). Der Solidaritätszuschlag wurde – vor seiner weitestgehenden Abschaffung 2021 – von der AfD ebenfalls als Inbegriff einer unsozialen Bundespolitik kritisiert (vgl. Drucksache 19/1179 und 19/4898): Einerseits gäbe es seit längerem keine rechtliche Grundlage für diese Abgabe, andererseits wird jegliche zusätzliche Abgabenlast für erwerbstätige Personen von der Partei grundsätzlich als falsch gesetzter (Arbeits-)Markteingriff

gesehen. Die sprachliche Gleichsetzung von Steuer- und Abgaben-Entlastung mit Sozialpolitik erstreckt sich über beinahe alle Themenbereiche der AfD und wird oftmals mit der Bezeichnung „unsozial“ (Pohl, 18.10.2018; Bernhard, 15.11.2019) verknüpft. Ein Beispiel ist die Umwelt- bzw. Energiepolitik, wo es, einer populistischen Argumentation folgend, durch neue Abgaben zu einer Umverteilung von unten nach oben und einer finanziellen Erdrückung einkommensschwacher Haushalte gekommen sei (vgl. Kraft, 14.02.2019). Darum fordert die AfD eine Gleichbehandlung – durch den Abbau von staatsinterventionistischen Regulierungen – von Elektro- und Kraftstofffahrzeugen und bietet als Alternative die Fokussierung auf synthetische Treibstoffe an. Hier würden die Auflagen für die deutsche Autoindustrie und den Privatverkehr einer echten Sozialpolitik entgegen wirken:

„Das ist echte Sozialpolitik. Denn nur günstige Verbrennungsmotoren geben auch der alleinerziehenden Mutter die Möglichkeit, kostengünstig und schnell von A nach B zu kommen, ein Elektrofahrzeug ermöglicht das eben nicht. Wir brauchen einen fairen Wettbewerb, und es muss endlich Schluss sein mit der planwirtschaftlichen Privilegierung von Elektrofahrzeugen.“

(Spaniel, 22.02.2019)

Unter fairem Wettbewerb wird an dieser Stelle neben dem Abbau von Ökosteuern auch eine teilweise Deregulierung verstanden, welche eine höhere Konkurrenz- und Wettbewerbs-

fähigkeit auf dem freien Markt garantieren soll – was im Verständnis der AfD automatisch zu einer nachhaltigen Sozialpolitik führt.

Spricht die AfD von Sozialpolitik so spricht sie meist auch von Migrationspolitik und versucht, beide Politiken als so verwoben darzustellen, dass bestimmte politische Maßnahmen des einen Feldes den Spielraum im anderen Feld begrenzen.

„Sozialstaat und offene Grenzen – das kann niemals zusammen funktionieren. Das ist ungefähr so, als wenn man im Winter das Fenster aufreißt und zugleich die Heizung immer höher dreht, um die Temperatur zu halten.“ (Gauland, 21.10.2018)

In dieser Verschränkung beider Politikfelder wird besonders stark auf nativistische Narrative zurückgegriffen, die oftmals in chauvinistischen Forderungen münden. Beispielsweise wird das Bild eines freigiebigen Wohlfahrtsstaates gezeichnet, welcher durch den „Sozialtourismus“ (Witt, 05.10.2020) von MigrantInnen – die als „Fremde“ den „Einheimischen“ gegenübergestellt werden – durchzogen sei. Dabei steht die finanzielle Belastung des deutschen Sozialsystems und dessen Folgen im Zentrum der Argumentation. So heißt es beispielsweise im sozialpolitischen Feld der Familienpolitik:

„Sie wollen das Kindergeld auf 328 Euro pro Kind erhöhen. Wir zahlen jetzt schon Hunderte Millionen Euro an Kindergeld in andere Länder.“ (Sichert, 22.02.2019)

Aus eben jener Logik heraus sollen die „Pull-Faktoren“ – also die Gründe, warum es für MigrantInnen attraktiv sei nach Deutschland zu kommen – beseitigt oder zumindest eingeschränkt und so auch wieder Gerechtigkeit für deutsche Familien – LeistungsträgerInnen aus Sicht der AfD – und Kinder hergestellt werden. Exemplarisch spiegelt der Antrag „Kindergeld für im Ausland lebende Kinder indexieren“ (Drucksache 19/2999) den nativistischen und chauvinistischen Charakter der AfD-Argumentation wider: Nicht nur wird eine Gleichbehandlung zwischen MigrantInnen und Einheimischen abgelehnt, erstere werden auch sprachlich abgewertet. Dem Bild der deutschen, hart arbeitenden BürgerInnen setzt die Partei das Bild der arbeitsunwilligen, in der „Sozialhängematte“ (Witt, 05.10.2020) verweilenden MigrantInnen gegenüber.

Dabei wird – mit Ausnahme der Förderung von physisch oder mental eingeschränkten Kindern und deren pflegenden Eltern – zusätzliche finanzielle Unterstützung im Feld der Sozialpolitik nur sehr eingeschränkt gutgeheißen, beispielsweise, wenn damit bevölkerungspolitische Ziele – etwa eine Erhöhung der Geburtenrate „einheimischer“ deutscher Familien – verfolgt werden. Auch in der Familienpolitik wird, obwohl häufig auf die schlechte Arbeitsmarktsituation von Eltern verwiesen wird, anstatt direkter monetärer Unterstützung der größte Nutzen in der steuerlichen Entlastung bzw. Begünstigung der Familien gesehen (vgl. Gottschalk und Reichart, 11.10.2018; Glaser, 26.09.2019). So sei es Zeit,

„[...] die Familienpolitik in Deutschland grundsätzlich von der haushaltsaufblähenden Umverteilung hin zu einer klugen Steuerpolitik zu ändern. Dazu soll die Bundesregierung im ersten Schritt einen Gesetzesentwurf einbringen, der zu einer gestaffelten [Entlastung bei] [sic!] der Grunderwerbsteuer von Familien beim Kauf von selbstgenutztem Wohneigentum führt.“

(Drucksache 19/4546)

5.7 Arbeitsmarktpolitik im Spannungsverhältnis sozioökonomischer Narrative

Armut als Folge einer fehlgeschlagenen bzw. falschen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu verstehen ist eine über viele Parteien hinweg verbreitete Perspektive. In den Anträgen und Debattenbeiträgen der AfD wird diese Perspektive ebenfalls eingenommen. Insbesondere fehlende oder schlecht bezahlte Erwerbsarbeit und eine zu hohe Abgabenlast auf Arbeitseinkommen werden als Ursachen von Armut identifiziert. Bezüglich letzterer heißt es beispielsweise:

„Deutschland gehört zur Weltspitze bei der Steuer- und Abgabenbelastung. In kaum einem Land bleibt den Erwerbstätigen so wenig Netto vom Brutto wie in Deutschland. Dies ist einer der Hauptgründe, warum Armut in einem reichen Land wie Deutschland ein Problem ist.“ (Drucksache 19/10170)

Der starke Fokus der AfD-Arbeitsmarktpolitik auf die Leistungsgerechtigkeit kann einer

ordo-/neoliberalen Grundposition zugeschrieben werden, während eine interventionistisch-soziale Sichtweise stärker auf die Notwendigkeit von staatlichen Regulierungen abzielen würde.

Bei ihrer Kritik an schlechter Bezahlung thematisiert die Partei allerdings den Niedriglohnsektor sowie eine verstärkte Prekarisierung und Befristung von Arbeitsverhältnissen, die mit dazu geführt hätten, dass „die Arbeit [...] so billig geworden [ist], dass viele nicht davon leben können“ (Hollnagel, 14.03.2019). Mit dem Gebot der Fairness und der Überzeugung, dass Arbeit sich lohnen muss, wird die Forderung eines Lohnabstandsgebotes, also eines Mindestabstands zwischen monatlichem Mindesteinkommen für Erwerbstätige und monatlichen Einkommen durch staatliche Transferleistungen, begründet (vgl. Drucksache 19/22545). Hartz IV wird von der AfD aus mehreren Gründen als gescheitert angesehen. Einerseits fördere das „Aufstocken“ den Niedriglohnsektor, indem geringe Löhne durch staatliche Zuschüsse subventioniert würden, was einen (abzulehnenden) Markteingriff darstellt. Andererseits führe Hartz IV in vielen Fällen zu „einem sozialen Abstieg“ (Drucksache 19/13520) und „einem Leben in Armut“ (Witt, 23.11.2018) auf Dauer. Die AfD weicht mit diesen Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen von klassisch ordo-/neoliberalen Argumentationsmustern ab. Allerdings mischt sie den potentiell interventionistisch-sozialen Positionen auch nativistische Narrative bei. Des Öfteren wird der hohe Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund unter den BezieherIn-

nen von Hartz IV betont und mit dem Hinweis ergänzt, dass eine Mehrheit der Personen zuvor keine Beitragszahlungen erbracht hat und dies aus Sicht der Partei auch in Zukunft kaum tun wird (vgl. Boehringer 15.05.2018). Explizit heißt es, dass man sich besser um die „eigenen“ Arbeitslosen und Einkommensschwachen kümmern solle. „Unkontrollierte Migration“ (Pohl, 11.04.2019) führe darüber hinaus nur zu einer verschärften Konkurrenz für deutsche ArbeitnehmerInnen im Niedriglohnsektor (vgl. Schielke-Ziesing, 18.05.2018; Kleinwächter, 29.05.2020):

„[...] damit werden sie zu einer existenziellen Konkurrenz für die Beschäftigten im Niedriglohnsektor, also in den einfachen Dienstleistungen – ausgerechnet in dem Beschäftigungssektor, wo es keinen Arbeitskräfte-mangel gibt, sondern einen Arbeitskräfteüberschuss.“ (Springer, 18.05.2018)

Auch im Zuge der Debatte über den Fachkräftemangel in Deutschland macht die AfD die Migrationspolitik der Bundesregierung für die schlechte Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt (mit)verantwortlich. Zusätzlich wird die EU und die damit verbundene Arbeitnehmerfreizügigkeit kritisiert, ebenfalls wieder mit nativistischen Klängen die „Einheimische“ gegen „Fremde“ positionieren: Aufgrund dieser Regelung werde ein großer Teil der Arbeitskraft aus dem Osten „importiert“ und so der Niedriglohnsektor weiter befeuert (vgl. Münzenmaier, 16.05.2019 und Protschka, 13.05.2020). Damit priorisiert die AfD den Schutz des „ei-

genen“ nationalen Arbeitsmarktes gegenüber dem „freien“ internationalen (ausländischen) Arbeitsmarkt und zeigt eine Mischung des nativistischen und ökonomisch-nationalistischen Narratives. Gelegentlich tritt die AfD jedoch von ihrer nativistischen Argumentation zugunsten einer exklusiv-solidarischen wettbewerbsnationalistischen Ansicht zurück. Dabei wird die ausländische Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt gegen (allerdings auch internationale bzw. ausländische) Großunternehmereliten als Feindbild eingetauscht.

„Verlierer Ihrer Politik sind EU-Ausländer, die sich oftmals selbst in menschenunwürdige Arbeitsbedingungen begeben. Verlierer sind Unternehmen, die sich an die Regeln halten und dadurch kaputt konkurriert werden. Und Verlierer sind die deutschen Beschäftigten, die nur noch Mindestlöhne erhalten oder ganz aus der Beschäftigung gedrängt werden.“ (Springer, 18.06.2020)

Hinsichtlich des Mindestlohnes folgt die AfD im Allgemeinen einer ordo-/neoliberalen Argumentation, indem sie ihn für ein Symptom eines nicht funktionierenden Arbeitsmarktes hält, das – die richtige Politik vorausgesetzt – nicht notwendig sei.

„Der Mindestlohn ist nur ein Symptom der Krise des Sozialstaates und seiner verfehlten Wirtschaftspolitik.“ (Pohl, 13.12.2017)

Allerdings erkennt die Partei den Mindestlohn entgegen ihrer grundsätzlichen Unterstützung

für Marktlösungen und ihrer pauschalen Ablehnung staatlicher Interventionen als kurzfristige Lösung an, um den vorhin genannten Störfaktoren entgegenzuwirken. Jedoch wird betont, dass entweder eine Erhöhung des Mindestlohns oder eine Reduzierung von sozialversicherungsbezogenen Abgaben notwendig sei, damit der Einkommensunterschied zwischen Hartz IV und Mindestlohn auch zur Arbeit motiviere und das zuvor genannte „Lohnabstandsgebot“ eingehalten werde. Die Forderung der AfD nach einem erhöhten Mindestlohn kann durchaus als interventionistisch-sozial aufgefasst werden, die dahinterstehende Argumentation (Leistungsgedanke/Anreizsetzung) ist jedoch dem ordo-/neoliberalen Narrativ zuzuordnen.

Die Mindestlohndebatte wird darüber hinaus mit den sich verschlechternden Arbeitsverhältnissen gekoppelt (vgl. Schneider, 02.02.2018):

„Allein die Anhebung des Mindestlohns bringt uns in der Sache nicht weiter. Wir müssen an die Teilzeit, die befristeten Jobs, an Leiharbeit herangehen. Wir dürfen nicht über Mindestlohn reden, sondern müssen über Wohlstandslohn reden. Ich sage Ihnen: Gerechte Löhne fallen nicht vom Himmel. Gerechte Löhne müssen erkämpft werden.“ (Pohl, 30.11.2018)

Dieser „Kampf“ um gerechte Löhne und bessere Arbeitsverhältnisse soll durch Tarifverhandlungen zwischen unabhängigen Gewerkschaften und ArbeitgeberInnen geführt werden –

wobei im Zuge dieser Argumentation zwei eigene parteinahe Gewerkschaften beworben werden. Obwohl die zentrale Bedeutung von Gewerkschaften in den Debattenbeiträgen der AfD im Bundestag häufig betont wird (vgl. Pohl, 15.03.2018 und 12.12.2019), fehlt es an Anträgen zu Regelungen bezüglich der Gewerkschaftsbildung, -einbindung oder Ähnlichem. In ihren Anträgen und Debattenbeiträgen positioniert sich die AfD zugunsten einer Tarifautonomie im Sinne der sozialen Marktwirtschaft und stellt diese etwaigen konkreten staatlichen Eingriffe in den Lohnfindungsprozess gegenüber (vgl. Uwe Witt, 05.04.2019 und 25.11.2020). Gefordert werden entsprechende Rahmenbedingungen für Tarifverhandlungen, die laut AfD eine – gegenüber dem Mindestlohn – deutlich bessere und nachhaltige Lösung für die oben genannten Probleme auf dem Arbeitsmarkt darstellen (vgl. Drucksache 19/1841). Im Zuge der Corona-Krise stellte die AfD zudem erstmals konkrete Anträge die Arbeitnehmerrechte thematisierten, während diese zuvor nur verbal befürwortet wurden. Dabei handelt es sich einerseits um den Schutz vor Selbstausbeutung im Homeoffice und andererseits um eine stärkere Kontrolle des Arbeitsschutzes sowie der Arbeitsbedingungen im Bereich der nationalen Fleischindustrie (vgl. Drucksache 19/17527 und 19/22923).

Anzumerken ist, dass in der Diskussion rund um arbeitsmarktpolitische Missstände nicht nur die Politik der Bundesregierung (vgl. Witt, 16.12.2020), sondern auch die Eingriffe der EU meist als störend (da wettbewerbsverzerrend), hindernd (durch Regulierungen/

Quoten) und hinsichtlich einer Kosten/Nutzen-Rechnung nicht zweckmäßig hervorgehoben werden (vgl. Drucksache 19/25307).

5.8 Altersvorsorge zwischen nationalistischer Bevölkerungspolitik und neoliberaler Grundhaltung

Der Bereich der Rentenpolitik hat sich für die AfD zu einem der wichtigsten Themen entwickelt. Altersarmut, Nativismus und grundlegende ordo-/neoliberale Narrative nehmen eine zentrale Rolle in der Argumentation ein. EU und EZB werden ebenfalls wegen ihrer Nullzinspolitik kritisiert, da sie kleinen PrivatanlegerInnen Ansparmöglichkeiten für die Altersvorsorge verwehre, diese populistische Argumentationslinie spielt jedoch nur eine untergeordnete Rolle (vgl.ichert, 19.04.2018). Im Fokus der Kritik stehen hingegen beinahe alle Maßnahmen der Bundesregierung:

„Erstens. Sie haben den Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt, also eine grundsätzliche Dämpfung der jährlichen Rentenerhöhung. Zweitens. Sie haben die Rente mit 67 eingeführt. Drittens. Sie haben die Menschen in Leiharbeit getrieben und so einen riesigen Niedriglohnsektor geschaffen, mit der Folge, dass mit diesen miserablen Löhnen die Menschen unmöglich ausreichende Rentenanwartschaften erarbeiten können. Das haben Sie gemacht.“ (Pohl, 08.11.2018)

Während diese Kritik zunächst keiner ordo-/neoliberalen Logik folgt – im Gegenteil, die

kritisierten Maßnahmen sind zu weiten Teilen als ordo-/neoliberal zu klassifizieren –, kehrt die AfD mit ihren Vorschlägen zur Behebung dieser Missstände schnell zu ihren bekannten Narrativen zurück: Trotz breiter Kritik an der mangelnden Rentenhöhe im Sinne einer gerechten bzw. absichernden Rente und den leeren Versprechen der Bundesregierung hinsichtlich der Rentenerhöhungen, wird kaum auf interventionistisch-soziale Lösungen gesetzt. Der Ursprung der „Armutsrente“ liegt für die Partei grundsätzlich auf dem Arbeitsmarkt, wo Mindestlohn und Hartz IV für das geringe Einkommen vieler erwerbsfähiger Deutscher mitverantwortlich gemacht werden (vgl. Schielke-Ziesing, 18.05.2018; Pohl, 30.11.2018). Einzig zu Beginn der 19. Wahlperiode (2017) äußert sich die AfD in einem Antrag – entgegen der bisherigen Strategie – positiv gegenüber der Einführung einer Mindestrente (vgl. Drucksache 19/462). Die Grundrente hingegen wird kritisch gesehen und mit Verweis auf ein moralisch aufgeladenes Kosten-Nutzen Argument abgelehnt:

„Diese Grundrente schafft Ungerechtigkeiten, sie ist nicht zielgerichtet nur für Bedürftige, sie ist nicht solide finanziert, sie belastet mitten in der größten Wirtschaftskrise Steuer- und Beitragszahler und wird auch nachfolgende Generationen unnötig belasten.“ (Schielke-Ziesing, 02.07.2020)

Die Grundrente wird durch die AfD problematisiert, da – vergleichbar mit Hartz IV – eine nicht leistungsbezogene Aufstockung der Rente

aus der von BeitragszahlerInnen finanzierten Rentenkasse ausgeschüttet werde. Die Mindestrente hingegen wird als grundlegende Anerkennung der Lebensleistung angesehen, vor allem von Kinderbetreuung oder familiärer Pflege, welche nicht aus der Rentenkasse, sondern aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden soll. Hinzu kommt, dem neoliberalen Selbstverantwortungsnarrativ folgend, die Forderung nach fairer, sich lohnender Arbeit, welche durch jegliche Form einer nicht bedarfsgeprüften Leistungserhöhung hintergangen werde.

„[...] das ist nicht nur unseriös, sondern auch höchst verschwenderisch und respektlos denen gegenüber, die sich in Vollzeit ihre Rente erarbeitet haben und im Endeffekt mit Teilzeitkräften gleichgestellt werden.“ (Schielke-Ziesing, 14.02.2019).

In einigen Teilbereichen der Rentenpolitik nimmt die AfD auch interventionistisch-soziale Positionen ein, bettet diese jedoch in eine nationale Perspektive ein oder begründet sie mit einer bevölkerungspolitischen Grundintention. So wird sich für eine faire Mütterrente eingesetzt, die vor allem Frauen in Ostdeutschland merkbare finanzielle Zugewinne beschere soll (vgl. Drucksache 19/4843), zudem tritt die AfD im Allgemeinen für die Angleichung des Rentenniveaus von Ostdeutschland an Westdeutschland ein. Auch die Zwangsverrentung von Hartz-IV BezieherInnen, welche zur Rentenkürzung führt, müsse als altersarmutserzeugendes Instrument und im Sinne einer

gerechten Rente abgeschafft werden (vgl. Pohl, 08.11.2018; Drucksache 19/9971, 19/9972 und 19/14073). Eine Verknüpfung mit nativistischen Elementen erfolgt durch die Ablehnung „massenhafter“ (Springer, 02.03.2018) und „unqualifizierter“ (Weidel und Gauland, 16.03.2018) Zuwanderung, da dadurch eine zusätzliche Belastung für das ohnehin bereits an seinen Grenzen operierende Rentensystem geschaffen werde (vgl. Drucksache 19/22545). Auf den demografischen Wandel, der ein zentrales rentenpolitisches Problem für das (zukünftige) Umlageverfahren des gesetzlichen Rentensystems darstellt und für welchen Zuwanderung oftmals als Lösungsmöglichkeit gesehen wird, geht die Partei nicht ein. Die nativistische Denkweise fließt hingegen auch in die Finanzierungsfrage ein, da Aufwendungen für AsylwerberInnen aus Sicht der Partei unter anderem besser für einkommensschwache RentnerInnen genutzt werden sollten.

„Wir müssen die Prioritäten richtig setzen. Anstatt unbegrenzter Finanzmittel für Asylbewerber müssen wir uns um die sozial Schwachen in Deutschland kümmern und vor allem dafür sorgen, dass die Rentner nicht zu den sozial Schwachen gehören.“ (Drucksache 19/462)

Gegenteilig verhält es sich bei der Rente für deutsche AussiedlerInnen, welche von jeglichen Abzügen befreit und somit den heimischen RentnerInnen gleichgestellt werden sollen. Die AfD argumentiert, dass sich die deutschen (Spät-)AussiedlerInnen im Sinne

des Umlageverfahrens finanzieren – denn die zukünftigen (Spät-)AussiedlerInnen finanzieren die derzeitigen Rentenansprüche von AussiedlerInnen – und es keinen Grund für eine Differenzierung in den Rentenzahlungen gäbe (vgl. Drucksache 19/2730).

Eine Lösung des Problems der niedrigen Renten wird allerdings nicht in der Erhöhung von Rentenbeiträgen bzw. in der verpflichtenden Einbindung von Selbstständigen in die staatliche Rentenkasse gesehen, denn:

„[...] auf Dauer werden aus den Beitragszahlern auch Leistungsempfänger. Das, was Sie planen, ist nichts anderes als die Laufzeitverlängerung eines maroden Rentensystems. Dafür gibt es einen klaren Begriff: Das ist Konkursverschleppung.“
(Schneider, 15.03.2018)

Stattdessen wird, wie in vielen Bereichen, eine Reduzierung von Abgaben und eine Variation an Steuererleichterungen, beispielsweise durch Freibeträge, verfolgt (vgl. Drucksache 19/7724; Kleinwächter 14.05.2020). Diese Maßnahmen sind einer staatsreduzierenden ordo-/neoliberalen (Sozial-)Politik zuzuordnen. Dazu gehört auch die Ausgliederung von versicherungsfremden Leistungen (Mütterrente, Grundrente, etc.) aus der Rentenkasse, um sich auf die Beitragsein- und -auszahlungen zu beschränken. Eine solche Trennung von Renten- und sonstigen Sozialleistungen hätte zur Folge, dass Personen, die nur einen geringen Rentenanspruch besitzen, gegenüber jenen, welche keinerlei Ansprüche gesammelt

haben, besser gestellt würden (vgl. Drucksache 19/7724; Kleinwächter, 13.11.2019). Es geht also darum die durch Erwerbsarbeit erarbeiteten Ansprüche von bedarfsorientierten Transferleistungen zu trennen. Die Möglichkeiten freiwilliger Zusatzzahlungen in die Rentenkasse sollen ebenfalls gesteigert werden, wodurch aus Sicht der AfD eine bessere eigenverantwortliche Vorsorge ermöglicht wird (vgl. Drucksache 19/22545).

Grundsätzlich bleibt die AfD mehrheitlich der staatlichen Altersvorsorge treu und verweist nur in Einzelfällen auf eine Stärkung der zweiten und dritten Säule, was einer finanziellen Begünstigung der Betriebs- bzw. Privatvorsorge entspräche. Insgesamt besteht eine diverse Positionierung hinsichtlich der Rentenpolitik: Mit der Forderung nach finanziellen Angleichungen finden sich durchaus interventionistisch-soziale Instrumente in den Forderungen und Zusprüchen der AfD wieder. Gleichzeitig werden auch ordo-/neoliberale Grundhaltungen in Form von Steuerbefreiungen und einer leistungsgerechten Entlohnung, in Verbindung mit einem möglichst stabilen Vollzeitwerbsverlauf, zur Beseitigung von Altersarmut als Ziele gesetzt.

5.9 Das Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag

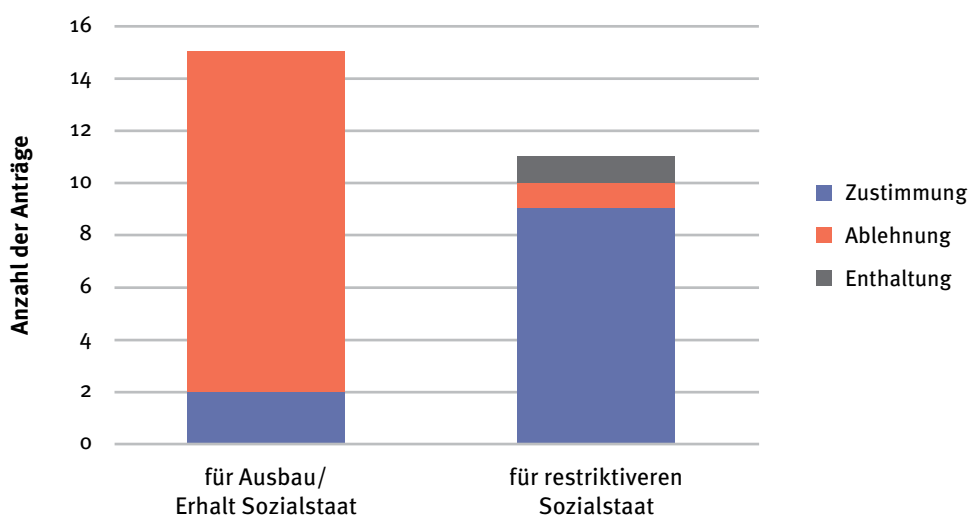
Nach der Analyse von Anträgen, Gesetzesentwürfen und Debattenbeiträgen der AfD im Deutschen Bundestag wird im Folgenden das konkrete Abstimmungsverhalten der Parteiabgeordneten bei solchen Anträgen untersucht,

die sich inhaltlich unmittelbar der grundlegenden Gestaltung des Sozialstaates widmen. Dazu haben wir in einem ersten Schritt 26 Anträge ausgewählt, die zwischen 2018 und 2020 von unterschiedlichen Fraktionen in den Bundestag eingebracht wurden und das Thema Sozialstaat behandeln. In einem zweiten Schritt haben wir die Anträge, unserer methodischen Vorgehensweise folgend, entlang der Achse ordo-/neoliberal bis interventionistisch-sozial danach unterteilt, ob in ihnen ein restriktiver Sozialstaat oder aber dessen Ausbau gefordert wird. Abschließend haben wir auf Basis des Bundestagsarchivs zu namentlichen Abstimmungen das Abstimmungsverhalten der AfD-Bundestagsabgeordneten recherchiert

und exemplarisch die Begründungen für die Abstimmungen der Partei erhoben. Dabei zeigt sich, dass die AfD in ihren Wortmeldungen zwar mehrmals ihre „exklusive Solidarität“ für „Einheimische“ betont, also ein nativistisches Narrativ bedient, zugleich allerdings in der großen Mehrzahl der Abstimmungen gegen einen Ausbau sozialstaatlicher Leistungen stimmt (vgl. Abbildung 2). Wie in den vorangegangenen Analysen der Debattenbeiträge, Bundestagsreden und AfD-eigener Anträge wird klar, dass die Partei, trotz scheinbar „sozialer“ Argumentation, in der großen Mehrheit keine interventionistisch-soziale Position bezieht: „Soziale“ Forderungen werden nur sehr selektiv erhoben und ordo-/neoliberalen Argu-

Abbildung 2

Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag bei Anträgen mit unmittelbarem Bezug zur Ausgestaltung des Sozialstaates



Quelle: Eigene Darstellung. Grundlage sind 26 Anträge im Zeitraum 2018-2020.

mentationen untergeordnet. Die AfD-Abgeordneten votierten sowohl gegen einen erhöhten MieterInnenschutz und gegen einen Abbau von restriktiven Kontrollen und Sanktionen für Hartz IV-BezieherInnen als auch gegen Anträge, die eine stärkere staatliche Umverteilung zur Folge hätten. Beispielsweise unterstützte die AfD den Antrag der FDP auf Senkung der Unternehmensbesteuerung und Abschaffung der Gewerbesteuer (Drucksache 19/7898). Durchgängig wird im Kontext des Sozialstaates hingegen der Fokus auf Aktivierungsmaßnahmen und Restriktionen gelegt, auch wenn argumentiert wird, dass die Anspruchsrechte der „Einheimischen“ vor allem durch „faule Sozialtouristen“ gefährdet seien (siehe dazu auch das Konzept des Sozialpopulismus der AfD, Butterwegge et al. 2018).

Die AfD stimmt bei Anträgen zur Gestaltung des Sozialstaates häufig gemeinsam mit der FDP (in ca. 75 Prozent der Abstimmungen) und teilweise auch mit den Regierungsparteien (in ca. 38 Prozent der Abstimmungen). Wesentlich seltener ist sie mit den Grünen oder der Linkspartei hinsichtlich der Gestaltung des Sozialstaates einer Meinung (in ca. 10 Prozent der Abstimmungen). Dies deckt sich mit den Ergeb-

nissen einer Studie von Giesbers und Peters (2020), die insbesondere im Themenfeld Arbeit und Soziales generell eine hohe Übereinstimmung der AfD mit der FDP finden.

Zentrale Begründungen der AfD für das Abstimmungsverhalten in den von uns untersuchten Anträgen zum Themenbereich Sozialstaat waren

- die Forderung nach effizienterer Verwaltung und Administration und der Abbau von bürokratischen Hürden für Unternehmen.
- ein exklusiver Solidaritätsanspruch für eine „homogene Volksgemeinschaft“, der insbesondere AsylwerberInnen und oft auch generell AusländerInnen den Zugang zu unterschiedlichen Formen von Sozialleistungen verwehren soll.
- die deutsche Volksgemeinschaft, die auf Basis bevölkerungspolitischer Überlegungen angesprochen und dabei besonderes Augenmerk auf Mütter gelegt wird.

In Summe lässt sich konstatieren, dass im konkreten Abstimmungsverhalten der AfD hauptsächlich nativistische und ordo-/neoliberale Narrative eine Rolle spielen.

6 Fazit: Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis

Zentrales Ziel dieser Studie war es, die grundlegenden sozioökonomischen Narrative der AfD, so wie sie sich in den wirtschafts- und sozialpolitischen Argumentationen und Positionierungen der Partei im Deutschen Bundestag wiederfinden, aufzuzeigen und zu analysieren. Dabei wurden zwei sozioökonomische Narrative – ordo-/neoliberal und interventionistisch-sozial – unterschieden. Unter Beachtung eines dritten, gesellschaftspolitischen Narratives – populistisch-rechtsradikal – konnte die argumentative Verknüpfung zwischen den jeweiligen Narrativen nachgezeichnet und potentielle Widersprüchlichkeiten aufgezeigt werden. Einerseits sollte die AfD ideologisch eingeordnet, andererseits auch ein eventueller programmatischer Wandel der AfD seit ihrer Gründung sowie ein etwaiges internes Spannungsverhältnis zwischen oberflächlicher Rhetorik und parlamentarischer Praxis beleuchtet werden.

Wir haben dabei einen diskursanalytischen Ansatz gewählt und unsere Analyse sowohl auf grundlegende programmatische Texte als auch auf die politische Praxis der AfD im Deutschen Bundestag gestützt. Für letztere wurde eine breite Auswahl an sozial- und wirtschaftspolitischen Anträgen und Gesetzesentwürfen sowie an inhaltlich korrespondierenden Redebeiträgen der AfD-Bundestagsfraktion zusammengestellt und analysiert. Ergänzend haben wir das Abstimmungsverhalten der AfD-Fraktion zu Anträgen, die die grundsätzliche Gestaltung des Wohlfahrtsstaates behandeln, in die Analyse mit einbezogen.

Wie viele andere populistisch-rechtsradikale Parteien in Europa und darüber hinaus profitiert die AfD von einem allgemeinen Aufschwung populistischer Parteien. Diese haben es im Nachgang der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08 und vor allem im Zuge der Migrationsbewegungen 2015 geschafft, ein – oberflächlich stimmiges – Bild der kollektiven sozialen Abstiegsangst der westlichen unteren Mittelschicht zu zeichnen. Vor allem so genannten ModernisierungsverliererInnen wird auf Basis eines populistischen Narratives der „ehrlichen“, „fleißigen“ und „hart arbeitenden“ Bevölkerung, die von „korrupten politischen Eliten“, dem „Establishment“ oder „AusländerInnen“ in ihrer Existenz gefährdet seien, das Gefühl vermittelt, dass traditionelle politische Parteien ihre legitimen Anliegen verraten würden. Die Benachteiligung dieser Bevölkerungsgruppen wird von populistisch-rechtsradikalen Parteien allerdings mehrheitlich nicht als sozioökonomischer Verteilungskonflikt oder als Konsequenz erhöhter Renditeerwartungen aufgrund einer zunehmend internationalisierten Arbeitsteilung verstanden. Ebenso wenig wird der steigende Konkurrenzdruck durch Flexibilisierungen am Arbeitsmarkt oder eine zurückhaltende Lohnpolitik, gerade bei unteren EinkommensbezieherInnen, als Ursache für den erlebten oder befürchteten sozialen Abstieg breiter Bevölkerungsschichten thematisiert. Vielmehr wird die nationale Identität der arbeitenden Menschen betont und auf dieser Basis der Anspruch auf soziale Teilhabe und Absicherung nur für die „einheimische“

Bevölkerung formuliert. Dadurch verkommt der Solidaritätsanspruch dieser Parteien zu einer Forderung nach „exklusiver Solidarität“ (Becker et al. 2018; Flecker et al. 2018).

Diese Ausrichtung auf eine Politik der „exklusiven Solidarität“ spiegelt sich auch in vielen Bundestagsreden von AfD-Abgeordneten wider. Zugleich positioniert sich die AfD in ihren programmatischen Grundagentexten und in ihrer parlamentarischen Praxis sehr deutlich ordo- bzw. neoliberal. Ist diese Positionierung der Partei zum Zeitpunkt ihrer Gründung noch dadurch gut zu erklären, dass die relevanten AkteurInnen aus dem bürgerlich-konservativen Ökonomenmilieu stammten, ist die klare Kontinuität ordo-/neoliberaler sozioökonomischer Narrative bis heute angesichts der häufigen „kleinen Leute“-Rhetorik der AfD doch überraschend.

Auch im neuen Wahlprogramm der AfD 2021 spiegeln sich zu weiten Teilen ordo- bzw. neoliberale sozioökonomische Narrative wider. Die Häufigkeit mit der von „Wettbewerbsfähigkeit“, „Leistungsgerechtigkeit“ und „Entbürokratisierung“ gesprochen wird übertrifft Forderungen nach „sozialen“ Maßnahmen bei Weitem. Des Weiteren ist die Reduzierung von Steuerlast und staatlicher Regulationen ein fester Bestandteil der Partei-Programmatik, welche sich ausnahmslos in allen Politikbereichen finden lässt. Die Summe der programmatischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der AfD – von dieser als „Blue Deal“ (AfD 2021, S. 42) bezeichnet – kann als weitgehend ordo-/neoliberale Reformagenda bezeichnet werden.

Festzuhalten ist weiterhin, dass all jene (ökonomischen) Kernthemen, die die Partei zu Beginn prägten, bis heute fester Bestandteil der Programmatik bleiben – wenn auch geringfügig abgeändert und mit populistisch-rechtsradikalen Narrativen versehen. Zwar werden in einigen Politikfeldern (insbesondere in der Sozial- und Rentenpolitik) durchaus interventionistisch-soziale Positionierungen der AfD offenbar, allerdings sind diese meist durch ordo-/neoliberale Forderungen nach Leistungsgerechtigkeit ergänzt oder nativistisch überformt, das heißt nur für „einheimische Deutsche“ vorgesehen. Progressive Forderungen nach einem Ausbau oder einer Sicherung des Wohlfahrtsstaates sowie eine aktive Umverteilungspolitik sind hingegen kein programmatischen Anliegen der AfD. Den weitaus größeren Teil des Programms nehmen ordo-/neoliberale Vorstellungen im Sinne eines freien Marktes mit minimaler staatlicher Einmischung ein.

Diese ordo-/neoliberale programmatische Ausrichtung der AfD übersetzt sich auch in der Argumentation der entsprechenden parlamentarischen Praxis. Zwar sind – wie beschrieben und für populistisch-rechtsradikale Parteien typisch – wirtschafts- und sozialpolitische Äußerungen der AfD auch in Redebeiträgen und Anträgen im Bundestag oft nativistisch überformt und es kommt der populistisch-rechtsradikalen Grundhaltung der AfD auch in diesen Politikfeldern eine wichtige Bedeutung zu. Allerdings ist die Position der AfD zur Marktwirtschaft und zu marktwirtschaftlichen Regeln und Prinzipien insgesamt eindeutig:

Wenn aus Sicht der AfD das ungehinderte Wirken des Marktmechanismus durch politische Entschlüsse und staatliche Eingriffe bedroht ist, argumentiert die AfD fast ausnahmslos zugunsten des Marktprinzips. In ihren Anträgen und Reden skizziert die AfD-Bundestagsfraktion dafür einen klaren Kontrast zwischen Markt- und Planwirtschaft. Die Marktwirtschaft wird hierbei rhetorisch mit Attributen wie „natürlich“, „nachhaltig“ und „solide“ versehen, wohingegen der AfD die Planwirtschaft als „künstlich“, „unnatürlich“, „verzerrend“, „manipulierend“ und „rein ideologisch“ gilt. Zugleich steht die Marktwirtschaft für die AfD für Privateigentum, Wettbewerb, Eigenverantwortung, Freiheit und ökonomische Vernunft, Planwirtschaft hingegen für ökonomische Unvernunft, Fehlanreize und Fehlallokation, Enteignung, Umverteilung, Vorschriften, Bürokratie, staatliche Gängelung und Verschwendung. Daher tritt die Partei – mit Ausnahmen von besonderen Krisensituationen – gegen staatliche Interventionen, einen Ausbau von Transferleistungen und sozioökonomische Umverteilung ein. Den idealtypischen, ordoliberalen Vorstellungen von Wirtschaft(spolitik) folgend werden wirtschaftspolitische Aktivitäten des Staates zwar nicht grundsätzlich abgelehnt, allerdings auf sehr wenige Aufgaben beschränkt. Insgesamt zeigt die AfD große Zustimmung zu einer Haltung, die dem Staat lediglich zugesteht die Rahmenbedingungen für eine effiziente, wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft zu schaffen, dabei aber keine eigenständige wirtschafts- und sozialpoliti-

sche Agenda zu verfolgen. Sie macht sie sich das ordoliberale Motto Walter Euckens zu eigen, wonach eine gute Wirtschaftspolitik sozialpolitische Aktivitäten ersetzen kann und dieser vorzuziehen ist.

Durchgängig verfolgt die AfD eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die sich insbesondere nach den Interessen der (inländischen) Wirtschaftstreibenden richtet. Diese Politik ist klar anti-europäisch ausgerichtet und nimmt hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik oder in Fragen der Ausgestaltung des Sozialstaates mehrheitlich die Position der ArbeitgeberInnen ein. Zwar finden sich nur selten explizite Forderungen nach einem Rückbau sozialstaatlicher Leistungen und einer Verschlechterung von Leistungsbezügen und es wird in den Politikbereichen Arbeitsmarkt, Sozialpolitik und Renten von einzelnen AfD-Abgeordneten teilweise auch interventionistisch-sozial argumentiert. Eine aktive Ausweitung sozialer Sicherungsmaßnahmen oder eine Erhöhung des Mindestlohnes wird in der parlamentarischen Praxis der Anträge und Gesetzesentwürfe hingegen kaum vertreten, im Gegenteil wird der Mindestlohn mit Ausnahme der letzten Wahlprogrammatik weitgehend als unzulässiger Markteingriff abgelehnt. Rhetorisch betont die AfD oft Notsituationen von (einheimischen) unteren Einkommensschichten, Armut und Armutsgefährdung sieht die Partei durchgängig jedoch als Folge fehlgeleiteter Wirtschaftspolitik an. Sozialleistungen zu erhöhen ist in den Augen der Partei folglich der falsche Weg.

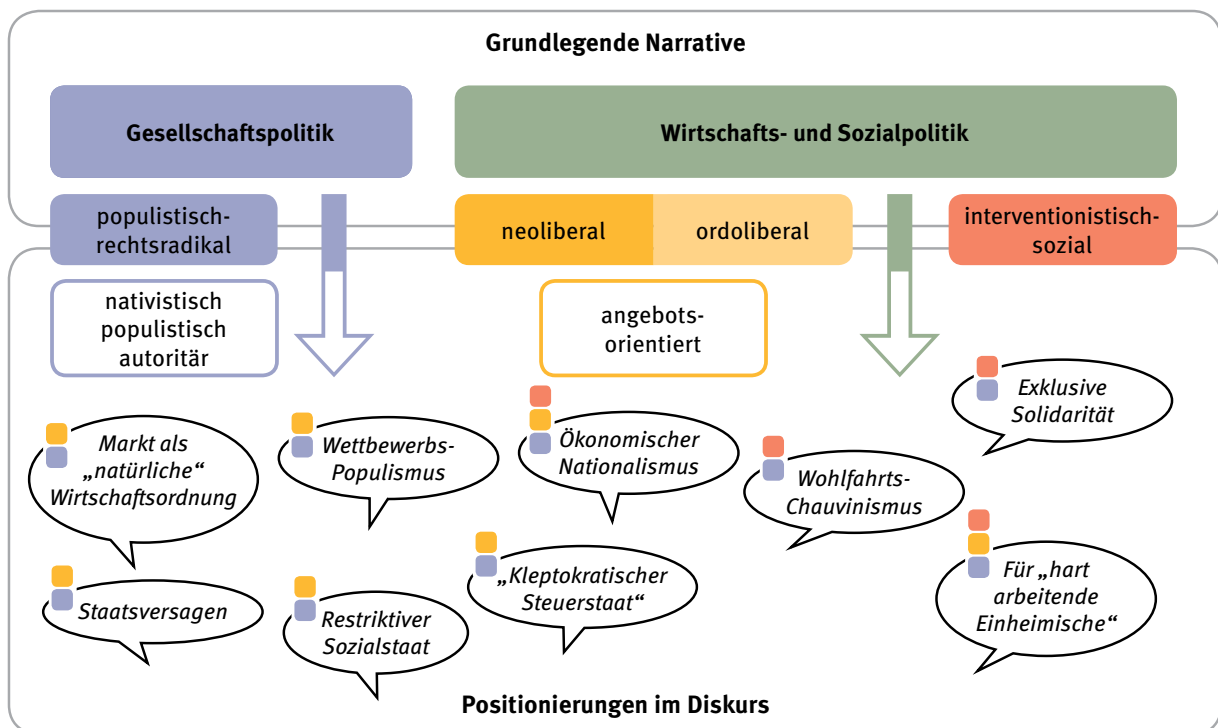
Abbildung 3 zeigt unser verwendetes Analyseschema der sozioökonomischen und gesellschaftspolitischen Narrative im Bereich der Gesellschafts-, sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik. Einige exemplarische Diskurspositionierungen und Konzeptualisierungen zeigen auf, wie die drei unterschiedlichen Narrative von der AfD verbunden werden.

Die Untersuchung konnte deutlich machen, dass die AfD weder in ihrer Programmatik, noch in ihrer politischen Praxis im Bundestag und den wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschüssen für progressive, „linke“ Positionen

steht. Es konnte dargelegt werden, dass die Partei auch bei Abstimmungen – bis auf wenige Ausnahmen – stets für einen begrenzten Sozialstaat eintritt und wesentlich häufiger gemeinsam mit der FDP für marktkonforme ordoliberalen Reformen in wirtschafts- und sozialpolitischen Bereichen stimmt. Vermeintlich „linke“ Forderungen nach einer Politik für „kleine Leute“ und arbeitende Menschen verbleiben überwiegend öffentliche Rhetorik, finden jedoch weder Eingang in Partei- und Wahlprogramme noch werden sie in der politischen Debatte und Praxis im Bundestag vertreten.

Abbildung 3

Exemplarische Diskurspositionen und sozioökonomische/gesellschaftspolitische Narrative der AfD



Quelle: Eigene Darstellung.

Literaturverzeichnis

Alle in der Studie zitierten Bundestag-Drucksachen finden sich online im Dokumentenarchiv des Bundestages unter: <https://www.bundestag.de/drucksachen>

AfD. 2013. Wahlprogramm.

AfD. 2014a. Europawahlprogramm. Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt.

AfD. 2014b. Politische Leitlinien.

AfD. 2016. Grundsatzprogramm. Programm für Deutschland.

AfD. 2017. Wahlprogramm. Programm für Deutschland.

AfD. 2018. Die Produktivitätsrente. Es geht um Wertschätzung. Thüringer Landtag 2018.

AfD. 2019. Europawahlprogramm. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019.

AfD. 2021. Wahlprogramm. Deutschland. Aber normal.

Arzheimer, Kai. 2014. Die Wahl extremistischer Parteien. In Handbuch Wahlforschung, hrsg. Jürgen W. Falter und Harald Schoen, 523–561, 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.

Arzheimer, Kai. 2019. „Don’t Mention the War!“ how Populist Right-Wing Radicalism Became (Almost) Normal in Germany. JCMS: Journal of Common Market Studies 57 (S1): 90–102.

Bebnowski, David. 2015. Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei. essentials. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Bebnowski, David und Lisa Förster. 2014. Wettbewerbspopulismus. Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen. OBS Arbeitspapiere (14). https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP14_AfD_BebnowskiFoerster_2014_05_13.pdf. Zugegriffen: 26. April 2021.

Beyer, Karl und Stephan Pühringer. 2018. Freiheitliche Flügelkämpfe? (Historische) Konfliktlinien in der FPÖ. Kurswechsel (3/2018): 19–27.

Biebricher, Thomas und Ralf Ptak. 2020. Soziale Marktwirtschaft und Ordoliberalismus zur Einführung. Zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag.

Bieling, Hans-Jürgen. 2017. Aufstieg des Rechtspopulismus im heutigen Europa: Umriss einer gesellschaftstheoretischen Erklärung. WSI Mitteilungen (08): 557–565.

Biskamp, Floris. 2019. Ökonomie ist kulturell, Kultur ist ökonomisch. PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 49 (196): 463–476.

Biskamp, Floris. 2020. Die Arbeiterklasse, der Autoritarismus und die AfD. Manuskript. https://florisbiskamp.com/wordpress/wp-content/uploads/2020/02/Floris-Biskamp-Die-Arbeiter_innen-der-Autoritarismus-und-die-AfD.pdf. Zugegriffen: 26. April 2021.

Bofinger, Peter. 2019. Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung in die Wissenschaft von Märkten, 5. Aufl. Pearson Studium – Economic VWL. Hallbergmoos: Pearson Studium.

- Brown, Wendy. 2018. *Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört*. Berlin: Suhrkamp.
- Butterwegge, Christoph (Hrsg.). 2008. *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Opladen: Budrich.
- Butterwegge, Christoph. 2019. Antisozialer Patriotismus: Die Rentenpläne der AfD. *Blätter für deutsche und internationale Politik* (9/19): 99–106.
- Butterwegge, Christoph, Gudrun Hentges und Gerd Wiegel. 2018. *Rechtspopulisten im Parlament: Polemik, Agitation und Propaganda der AfD*: Westend Verlag.
- Crouch, Colin. 2013. *The Strange Non-death of Neo-liberalism*. Cambridge: Polity.
- Deutscher Gewerkschaftsbund. 2021a. Sachsen-Anhalt: So haben GewerkschafterInnen gewählt. <https://www.dgb.de/themen/++co++88eo425e-c827-11eb-b2f3-001a4a160123>. Zugegriffen: 21. Juni 2021.
- Deutscher Gewerkschaftsbund. 2021b. Bundestagswahl 2021: So haben GewerkschafterInnen gewählt. <https://www.dgb.de/einblick/ausgaben-archiv/++co++3fc09e84-203d-11ec-b540-001a4a160123>. Zugegriffen: 13. Oktober 2021.
- Dullien, Sebastian und Ulrike Guérot. 2012. The long shadow of ordoliberalism: germany's approach to the euro crisis. *European Council on Foreign Relations Policy Brief*.
- Fairclough, Norman, Jane Mulderrig und Ruth Wodak. 2011. Critical Discourse Analysis. In *Discourse Studies: A Multidisciplinary Introduction*, hrsg. Teun van Dijk, 357–378. London: Sage.
- Fiedler, Maria. 2021. Schwarzer Tag für das Meuthen-Lager: Spitzenduo Weidel und Chrupalla – was das für den AfD-Machtkampf bedeutet. *Der Tagesspiegel*. 25. Mai 2021. <https://www.tagesspiegel.de/meinung/schwarzer-tag-fuer-das-meuthen-lager-spitzenduo-weidel-und-chrupalla-was-das-fuer-den-afd-machtkampf-bedeutet/27221438.html>. Zugegriffen: 23. Juni 2021.
- Giesbers, Tilo und Ulrich Peters. 2020. Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag. <https://www.rosalux.de/publikation/id/42924/abstimmungsverhalten-der-afd-im-bundestag>. Zugegriffen: 31. Mai 2021.
- Hafeneger, Benno, Hannah Jestädt, Lisa-Marie Klose und Philine Lewek. 2018. *AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure*. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag.
- Havertz, Ralf. 2018. Right-Wing Populism and Neoliberalism in Germany: The AfD's Embrace of Ordoliberalism. *New Political Economy* 166 (1): 1–19.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.). 2002-2012. *Deutsche Zustände. Folge 1-10*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm. 2018. *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung*. Berlin: Suhrkamp.
- Hensel, Alexander, Florian Finkbeiner, Philip Dudek, Julika Förster, Michael Freckmann und Pauline Höhlich. 2017. *Die AfD vor der Bundestagswahl 2017: Vom Protest zur parlamentarischen Opposition*. OBS Arbeitsheft (91). https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/o2_Wissenschaftsportal/o3_Publikationen/AH91_AfD_BTWahl_Goettingen_2017_07_17.pdf. Zugegriffen: 26. April 2021.
- Hien, Josef und Christian Joerges. 2018. Introduction: Objectives and Contents of this Volume. In *Ordoliberalism: Law and the rule of economics*, hrsg. Josef Hien und Christian Joerges, 1–12. Oxford, Portland, Oregon: Hart Publishing.

Hochschild, Arlie R. 2016. *Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right*. La Vergne: The New Press.

Jessop, Bob. 2019. Authoritarian Neoliberalism: Periodization and Critique. *South Atlantic Quarterly* 118 (2): 343–361.

Kapeller, Jakob, Stephan Pühringer und Christian Grimm. 2021. Paradigms and Policies: The current state of economics in the German-speaking countries. *Review of International Political Economy*: Online First.

Krugman, Paul. 2012. Sinners, Repent! *The New York Times*. 9 Juli 2012. <https://krugman.blogs.nytimes.com/2012/07/09/sinners-repent/>. Zugegriffen: 26. April 2017.

MDR. 2021. Leipzig: Deshalb wurde der Solidaritätszuschlag wirklich eingeführt. <https://www.mdr.de/zeitreise/solidaritaetszuschlag-soli-steuer-was-ist-das100.html#sprung4s>. Zugegriffen: 8. Oktober 2021.

Mirowski, Philip. 2015. *Untote leben länger. Warum der Neoliberalismus nach der Krise noch stärker ist*. Berlin: Matthes Seitz Verlag.

Mudde, Cas. 2007. *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Mudde, Cas. 2019. *The far right today*. Cambridge, UK, Medford, MA: Polity Press.

Müller, Jan-Werner. 2016. *What Is Populism?* Philadelphia: University of Pennsylvania Press.

Nachtwey, Oliver. 2016. Pegida und das marktkonforme Ressentiment. In *Fremdenfeinde und Wutbürger: Verliert die demokratische Gesellschaft ihre Mitte?*, hrsg. Wolfgang Benz, 135–150, Berlin: Metropol.

Norris, Pippa und Ronald Inglehart. 2019. *Cultural backlash. Trump, Brexit, and authoritarian populism*. Cambridge Mass.: Cambridge Univ. Press.

Oberndorfer, Lukas. 2012. Vom neuen zum autoritären Konstitutionalismus. *Kurswechsel* (2): 62–67.

Ötsch, Walter und Nina Horacek. 2017. *Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung*. Frankfurt/Main: Westend.

Ötsch, Walter, Stephan Pühringer und Katrin Hirte. 2018. *Netzwerke des Marktes. Ordoliberalismus als Politische Ökonomie*. Wiesbaden: Springer VS.

Phillips, Matt. 2016. Joseph Stiglitz on Brexit, Europe's long cycle of crisis, and why German economics is different. *Quartz*. 16 August 2016. <https://qz.com/1161496/which-republicans-voted-against-the-tax-bill/>. Zugegriffen: 20. Dezember 2017.

Ptak, Ralf. 2008. Soziale Marktwirtschaft und Neoliberalismus: Ein deutscher Sonderweg. In *Neoliberalismus: Analysen und Alternativen*, hrsg. Christoph Butterwegge, Bettina Lösch und Ralf Ptak, 69–89. Wiesbaden: VS Verlag.

Pühringer, Stephan. 2015. Markets as „ultimate judges“ of economic policies: Angela Merkel's discourse profile during the economic crisis and the European crisis policies. *On the Horizon* 23 (3): 246–259.

Schäfer, Armin und Michael Zürn. 2021. *Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*. Edition Suhrkamp. Berlin: Suhrkamp.

Schui, Herbert. 1997. *Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte*. Facts. München: Knaur.

- Stiglitz, Joseph. 2019. The end of neoliberalism and the rebirth of history. Social Europe (SE). 26 November 2019. <https://socialeurope.eu/the-end-of-neoliberalism-and-the-rebirth-of-history>. Zugegriffen: 4. August 2021.
- Weiss, Volker. 2017. Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Wodak, Ruth. 2013. Critical Discourse Analysis. London: Sage.
- Wodak, Ruth. 2015. The politics of fear. What right-wing populist discourses mean. Los Angeles et al.: Sage.
- Wörsdorfer, Manuel. 2011. Die Normativen und Wirtschaftsethischen Grundlagen des Ordoliberalismus. Dissertation, Universität Frankfurt am Main. <https://d-nb.info/1044195134/34>. Zugegriffen: 16. Juni 2021.
- Zick, Andreas, Beate Küpper und Daniela Krause (Hrsg.). 2016. Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: Dietz.
-

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1:	Zuordnungen populistisch-rechtsradikaler Argumentationen im Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik	12
Tabelle 2:	Zuordnungen ordo-/neoliberaler und interventionistisch-sozialer Argumentationen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik	19
Tabelle 3:	Ablauf des methodischen Vorgehens	22
Tabelle 4:	Zusammensetzung des Textkorpus	22
Tabelle 5:	Das „Thüringer Rentenpapier“ und Jörg Meuthens Rentenkonzept aus dem Jahr 2018	32
Abbildung 1:	Schematische Darstellung zur Analyse sozioökonomischer/ gesellschaftspolitischer Narrative und Diskurspositionen der AfD	7
Abbildung 2:	Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag bei Anträgen mit unmittelbarem Bezug zur Ausgestaltung des Sozialstaates	53
Abbildung 3:	Exemplarische Diskurspositionen und sozioökonomische/ gesellschaftspolitische Narrative der AfD	58

Hinweise zu den Autoren

Dr. Stephan Pühringer ist stellvertretender Institutsvorstand des Instituts für die Gesamtanalyse der Wirtschaft an der Johannes Kepler Universität Linz. Seine Forschungsinteressen umfassen Politische Ökonomie, Soziologie der Ökonomie, Ordo- und Neoliberalismus sowie die politische und gesellschaftliche Wirkmächtigkeit ökonomischen Denkens.

Mag. Karl Beyer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft der Johannes-Kepler-Universität Linz. Seine Forschungsgebiete umfassen Diskursanalyse, insbesondere neoliberaler und rechtspopulistischer Diskurse, Soziologie der Wirtschaftswissenschaften sowie Transformationstendenzen des Kapitalismus, insbesondere Finanzialisierung, Schattenbanken und Offshore.

Dominik Kronberger ist Masterstudent im Studiengang Sozialwirtschaft an der Johannes Kepler-Universität Linz und arbeitet als studentischer Projektmitarbeiter am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft. Seine Interessen und Schwerpunktsetzungen im Studium liegen im Bereich der Volkswirtschaftslehre, heterodoxen Ökonomie und Wirtschaftsethik.

OBS-Arbeitspapiere Infos und Download: www.otto-brenner-stiftung.de

- | | |
|--------|---|
| Nr. 51 | Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen (Arne Semsrott, Matthias Jakubowski) |
| Nr. 50 | Künstliche Intelligenz und die Zukunft der Arbeit. Die digitale Transformation in den (sozialen) Medien (Derya Gür-Şeker) |
| Nr. 49 | Alternative Fakten im Gespräch. AfD-Diskussionen auf Facebook (Hannah Trautmann, Nils C. Kumkar) |
| Nr. 48 | Aufstocker im Bundestag IV. Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 19. Wahlperiode (Sven Osterberg) |
| Nr. 47 | Tragische Einzelfälle? Wie Medien über Gewalt gegen Frauen berichten (Christine E. Meltzer) |
| Nr. 46 | Wenn Politik Presse macht. Gastbeiträge von Politiker*innen in ausgewählten Tageszeitungen (Marvin Oppong) |
| Nr. 45 | 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest? (Lutz Mücke) |
| Nr. 44 | „Alleine ist man zerbrechlich“. Perspektiven auf die Interessenvertretung von Arbeitnehmer*innen in Ost und West (Simon Storks, Jana Faus, Rainer Faus) |
| Nr. 43 | Streitfall Vermögenssteuer. Defizite in der Medienberichterstattung (Hendrik Theine, Andrea Grisold) |
| Nr. 42 | Mauer in den Köpfen? Einstellungen zur deutschen Einheit im Wandel (Ayline Heller, Ana Nanette Tibubos, Manfred Beutel, Elmar Brähler) |
| Nr. 41 | Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters (Thorsten Faas, Arndt Leininger) |
| Nr. 40 | Armutszeugnis. Wie das Fernsehen die Unterschichten vorführt (Bernd Gäbler) |
| Nr. 39 | Stumme Migranten, laute Politik, gespaltene Medien. Die Berichterstattung über Flucht und Migration in 17 Ländern (Susanne Fengler, Marcus Kreutler) |
| Nr. 38 | Rechte Allianzen in Europa. Wie sich NationalistInnen gegen die EU verbünden (Malene Gürgen, Patricia Hecht, Christian Jakob, Sabine am Orde [Redaktion]) |
| Nr. 37 | Zwischen „Flüchtlingskrise“ und „Migrationspakt“. Mediale Lernprozesse auf dem Prüfstand (Michael Haller) |
| Nr. 36 | Krimis, Kontroversen, Kochrezepte. Das Regionale in den Dritten der ARD – mit aktuellen Programmanalysen von rbb und SWR (Joachim Trebbe, Eva Spittka) |
| Nr. 35 | Agenda-Setting bei ARD und ZDF? Analyse politischer Sendungen vor der Bundestagswahl 2017 (Marc Liesching, Gabriele Hooffacker) |
| Nr. 34 | Demoskopie, Medien und Politik. Ein Schulterschluss mit Risiken und Nebenwirkungen (Thomas Wind) |
| Nr. 33 | Zwischen Fanreportern und Spielverderbern. Fußballjournalismus auf dem Prüfstand (Tonio Postel) |

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen und legt aktuelle medienkritische und -politische Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit unter: www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/

... freut sich über jede ideale Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 4. November 2020 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 107**
Leif Kramp, Stephan Weichert
Konstruktiv durch Krisen?
Fallanalysen zum Corona-Journalismus
- **OBS-Arbeitsheft 106***
Lutz Frühbrodt, Ronja Auerbacher
Den richtigen Ton treffen
Der Podcast-Boom in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 105**
Hektor Haarkötter, Filiz Kalmuk
Medienjournalismus in Deutschland
Seine Leistungen und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 104**
Valentin Sagvosdkin
Qualifiziert für die Zukunft?
Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 103***
Ingo Dachwitz, Alexander Fanta
Medienmäzen Google
Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt
- **OBS-Arbeitsheft 102***
Wolfgang Schroeder, Samuel Greef u. a.
Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts
Interventionsversuche und Reaktionsmuster
- **OBS-Arbeitsheft 101***
Leif Kramp, Stephan Weichert
Nachrichten mit Perspektive
Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 100***
Tim Engartner
Wie DAX-Unternehmen Schule machen
Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus
- **OBS-Arbeitsheft 99***
Tobias Gostomzyk, Daniel Moßbrucker
„Wenn Sie das schreiben, verklage ich Sie!“
Studie zu präventiven Anwaltsstrategien gegenüber Medien
- **OBS-Arbeitsheft 98***
Lutz Frühbrodt, Annette Floren
Unboxing YouTube
Im Netzwerk der Profis und Profiteure
- **OBS-Arbeitsheft 97***
Wolfgang Schroeder, Stefan Fuchs
Neue Mitglieder für die Gewerkschaften
Mitgliederpolitik als neues Politikfeld der IG Metall

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitspapier 52

Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis

Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD